Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 167. **Halle, Dienstag den 23. Juli 1918.** **2. Jahrgang.**

Unabhängige Steuergrundsätze.

Von Wilhelm Keil.

Mit krampfhaftem Bemühen suchen die Steuerfachmänner der Unabhängigen die Haltung der alten sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Reichssteuern herabzusetzen. In den geschmacklosesten Wendungen wird dabei der Vorwurf der Grundsatzlosigkeit unermüdlich wiederholt und die Steuerpolitik der Unabhängigen selbst als Ausfluß reinster Prinzipientreue gepriesen. Zuweilen stecken die strengen Kritiker auch einmal die Gönnermiene auf und bezeugen den an den Steuerdebatten beteiligten Vertretern der alten Fraktion, daß sie ganz passable Arbeit geleistet hätten. Aber im Grunde sei das doch alles eine rein opportunistische Politik, die jeder bürgerliche Demokrat auch mitmachen könne. Wenn man eine echte grundsätzliche sozialdemokratische Steuerpolitik kennen lernen wolle, dann solle man die Taktik der Unabhängigen beobachten.

Vielleicht erwerben wir uns die Anerkennung der Unabhängigen, wenn wir unser Teil dazu beitragen, die Arbeiterschaft mit den unabhängigen Steuergrundsätzen an der Hand der Tatsachen vertraut zu machen.

Es war der jetzige Vorsitzende der unabhängigen Fraktion, Haase, der als damaliger Sprecher der alten Fraktion am 10. März 1915 im Reichstag mit Nachdruck eine Kriegsgewinnsteuer forderte. „Es ist nicht unbillig," sagte er zutreffend, „zu verlangen, daß diejenigen, die in dieser Zeit der Not ihr Vermögen vermehren, einen großen Teil ihres Zuwachses an das Reich abtreten..... Verbitternd müßte es geradezu wirken, wenn die Spekulanten und Lieferanten, die aus der Not unseres Volkes Gott [illegible] haben, völlig ungeschoren davon [illegible] es, aus dieser grundsätzlichen Auffassung die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Inzwischen aber hatten die Unabhängigen unter Haases Führung grundsätzlich umgelernt. Ihre jetzigen Grundsätze geboten ihnen, die Ueberführung eines großen Teils des Vermögenszuwachses der Spekulanten und Lieferanten in die Reichskasse — es wurden diesen Zeitgenossen immerhin bis zu 50 Prozent Steuern auferlegt — abzulehnen. Gemeinsam mit Westarp und Heydebrand stimmten sie gegen die Kriegsgewinnsteuer, weil „ihr Ergebnis letzten Endes dem imperialistischen Krieg diene."

Es dauerte kaum ein weiteres Jahr, da wurde diese grundsätzliche Stellungnahme wieder rückwärts revidiert. Trotz der grundsätzlichen Ablehnung der Kriegsgewinnsteuer stimmten die Unabhängigen dem Zuschlag von 20 Prozent zu dieser Steuer, der 1917 beschlossen wurde, zu! Der Grundsatz, für die Zwecke des imperialistischen Kriegs keine Mittel zu bewilligen, wurde jetzt wieder außer Kurs gesetzt.

Bei den Steuerkämpfen der letzten Monate steigerte sich die Bereitschaft der Unabhängigen, Geldmittel zu beschaffen für den imperialistischen Krieg, geradezu zur Leidenschaft. Im Hauptausschuß beantragten die unabhängigen Vertreter, den Reichskanzler aufzufordern, noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen über eine Vermögensabgabe zur Abbürdung der Reichsschuld. (Nebenbei bemerkt, war auch der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer von 1916 für die Zwecke der Schuldentilgung bestimmt.) Das war ein sehr stürmisches Vorgehen. Die Erhebung einer allgemeinen Vermögensabgabe ist zwar eine unbedingt notwendige, aber auch sehr schwierige Sache, bei der das unbewegliche Vermögen vielleicht mit Reichshypotheken belastet und überhaupt für die verschiedenen Besitzformen neue Belastungsformen gefunden werden müssen. Man wartet damit am besten, bis man die durch den Krieg bewirkten großen Vermögensverschiebungen völlig übersehen kann. Aber die Unabhängigen ließen sich in der eifrigen Vertretung ihrer neu erworbenen Steuergrundsätze nicht zügeln. Nachdem ihr Antrag im Ausschuß abgelehnt war, erneuerten sie ihn im Plenum mit der Aenderung, daß der Gesetzentwurf nun für die „nächste" Tagung verlangt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion unterstützte den Antrag um des Grundgedankens willen, er wurde aber wiederum abgelehnt.

Die Unabhängigen gingen noch weiter und beantragten — gleich der sozialdemokratischen Fraktion — den Ausbau der Erbschaftssteuer. Leider wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Im Falle der Annahme hätten natürlich die Antragsteller der ausgedachten Erbschaftssteuer zugestimmt, obgleich ihr Ertrag „letzten Endes dem imperialistischen Kriege dienen" würde.

Bei der Mehreinkommensteuer, die ohne Mitwirkung der Unabhängigen in das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe hineinkam, beantragten die Unabhängigen Steuersätze von 10 bis 80 Prozent, statt von 5 bis 50 Prozent. Der Verwendungszweck machte den Antragstellern keine Kopfschmerzen mehr. Auch bei der Besteuerung der Gesellschaften beantragten sie eine Steigerung der Progression bis zu 80 Prozent. Hier aber kam ihr Bewilligungseifer zu spät. Zur erfolgreichen Verfechtung ihrer Absicht hätten sie schon bei Beratung des Sperrgesetzes im Jahre 1917 die Zurückstellung eines größeren Teils des Mehrgewinns der Gesellschaften für Steuerzwecke beantragen müssen. Sie überließen aber damals die Vertretung ihrer Grundsätze der sozialdemokratischen Fraktion. Nachdem die Gesellschaften nur zu einer Rücklage von 60 Prozent verpflichtet waren, war ein Antrag auf Erhebung von 80 Prozent Steuer von vornherein aussichtslos.

Trotz der Ablehnung ihrer Anträge ließen sich die Unabhängigen erfreulicherweise durch keinerlei grundsätzliche Bedenken abhalten, der außerordentlichen Kriegsabgabe zuzustimmen. Sie erkannten jetzt den Gedanken als richtig an, der für die alte Fraktion schon 1916 entscheidend war, daß die Vertreter der Arbeiterschaft nicht versagen dürfen, wenn eine stattliche Summe den Besitzenden abgeknöpft und zur Deckung bereits gemachter Ausgaben verwendet werden kann.

Diese Auffassung aber gaben die Unabhängigen wieder preis, als es sich um die Börsensteuern handelte. Zwar hatte ihr Redner bei der ersten Lesung versichert, sie würden nicht dogmatischer sein als die Kapitalisten. Als aber kapitalistenfreundliche Redner für den Umsatz in Dividendenpapieren einen Stempel von 5 Prozent und später nur einen solchen von 3 Prozent für die Kriegszeit festzusetzen entschlossen waren, wehrten sich die Unabhängigen mit Feuereifer dagegen. Schließlich gaben alle bürgerlichen Fraktionen dem Stempel von 2 Prozent für die Friedens-, 3 Prozent für die Kriegszeit ihre Zustimmung, auch diejenigen, die den Börseninteressen nahe stehen, die Unabhängigen aber waren jetzt doch kapitalistischer als die Kapitalisten und stimmten dagegen. Dabei war einer der Gründe für den höheren Steuersatz der, daß die Kriegsgewinner eine geradezu tolle Spekulation in Dividendenpapieren treiben. Ein Arbeiterinteresse wird durch den erhöhten Stempel nicht berührt. Trotzdem stimmten die Unabhängigen auch gegen das ganze Stempelgesetz, das durch Belastung besitzender Schichten der Reichskasse etwa 200 Mill. Mark zuführen soll.

Erwähnung verdient auch die grundsätzliche Haltung der Unabhängigen zur Tantiemesteuer, die ein Bestandteil des Stempelgesetzes bildet. Der eine Vertreter der Unabhängigen, der 1906 die Tantiemesteuer im Gegensatz zur Fraktion bekämpft hatte, fand die nach den Vorschlägen der Regierung um 150 Prozent erhöhte Steuer jetzt zu milde, bezeichnete die Verschärfungsanträge der alten Fraktion im Ausschuß als Stümperei, stimmte diesen Anträgen aber zu, ohne selbst einen Antrag zu stellen und half schließlich wieder einem Teil der bürgerlichen Vertreter bei der Befreiung der Tantiemesummen von weniger als 5000 M., die nach der Vorlage nur mit 10 Prozent besteuert werden sollten, während der andere unabhängige Vertreter mit den Vertretern der alten Fraktion gegen diese unbegründete Befreiung stimmte. Wer ist nicht von Bewunderung erfüllt ob so viel Grundsätzlichkeit bei einem Paragraphen!

Nicht minder interessant ist die Haltung der Unabhängigen zur Schaumweinsteuer. Bei der ersten Lesung führte der Redner der Unabhängigen aus, daß diese Steuer nur die Besitzenden treffe. Im Ausschuß stimmten dann auch die Vertreter der Unabhängigen für diese Steuer. Bei der zweiten Lesung war die Haltung der Unabhängigen ein wenig schwankend. Es war eine Dreiteilung zu beobachten. Die einen stimmten zu, die anderen lehnten ab, die dritten schwebten während der Abstimmung zwischen Sitzen und Stehen. Bei der dritten Lesung endlich stimmte die unabhängige Fraktion gegen die Schaumweinsteuer. Ob das geschah, weil sie inzwischen ihre Grundsätze wieder revidiert hatte und in der Schaumweinsteuer eine ungerechte Belastung der Lebenshaltung der breiten Massen erblickte, oder ob sie jetzt wieder vor dem Verwendungszweck zurückschreckte, läßt sich schwer feststellen. Jedenfalls dient auch dieser Fall zur Beleuchtung der unabhängigen Steuergrundsätze.

Die tschecho-slowakischen Legionen.

Ueber die tschecho-slowakischen Legionen, die einst begeistert ein neues selbständiges Reich der heiligen Wenzelskrone unter dem Schutze des russischen Zaren aufzurichten gedachten, wird dem Dresdner Anzeiger aus Prag geschrieben:

Es ist heute eine allgemein bekannte Tatsache, daß die meistentschechischen Truppenteile im Kriege gegen Rußland vollkommen versagten, daß Verrat, Feigheit und Ueberlauf hier einen unermeßlichen Schaden stifteten und wesentlich dazu beigetragen haben, daß die erste Phase des Krieges in Galizien so unglücklich für die österreichischen Waffen geendet hat. Schon beim Ausmarsch hatten diese Truppenteile in Liedern und Rufen sich zu dem russischen Bruder bekannt, zu dem als Schutz und Hort des Slawentums aufzublicken eine jahrzehntelange skrupellose Agitation das ganze tschechische Volk gelehrt hat. Vertrauend auf die berüchtigten „Sokollegitimationen", das heißt auf die Zugehörigkeit zu den tschechischen Sokolturnvereinen, liefen sie einzeln und in Scharen, häufig ganze Kompagnien und Regimenter, Offiziere und Mannschaften, zu den Russen über. Bis in die neueste Zeit lebt, wie der Verrat von Carcano an der italienischen Front erwiesen hat, dieser Geist in den tschechischen Truppenteilen.

Und früh schon hat er auf der Gegenseite bei unseren Feinden lebendigen Widerhall gefunden. Gleich bei Kriegsausbruch hatte sich in Frankreich eine tschechische Freiwilligenlegion gebildet, die durch Zuzug aus England und Amerika auf etwa 1000 Köpfe anwuchs, aber schon in den nächsten Frühjahrskämpfen am 10. Mai 1915 bei dem Dörfchen Targette nördlich von Arras vollständig aufgerieben wurde. Erst in jüngster Zeit, als auf Rußland nicht mehr zu rechnen war, hat man in Frankreich und Italien wieder damit begonnen, durch die Aufstellung tschechischer Legionen der tschechischen Frage einen internationalen Anstrich zu geben und sie als Sturmbock einer Revolution in Oesterreich zu brauchen, auf die die letzte Hoffnung des Verbandes eingestellt ist. Dorthin sollten auch die Reste jener tschecho-slowakischen Brigaden in Rußland verschifft werden, die einst in der russischen Armee eine nicht geringe Rolle gespielt hatten.

Denn seit Kriegsbeginn war Rußland der günstigste Boden für jene Propaganda gewesen, deren Hauptzweck es war, tschechische Truppenkörper aus in der Fremde wohnenden Landsleuten, Kriegsgefangenen und Ueberläufern auf die Beine zu bringen. So war man gleich zu Kriegsbeginn in Moskau, Petersburg und Kiew zur Bildung tschechischer Legionen geschritten. Am 18. Oktober 1914 feierten sie in Kiew ihre Fahnenweihe. Ihr Führer Zucek schmückte sich mit dem Ehrennamen eines „tschechischen Garibaldi". Aus den Darlegungen des früheren österreichischen Landesverteidigungsministers v. Georgi am 22. Juni 1917 ist bekannt, daß die tschechische Legion, in Rußland auf diese Weise rekrutiert, bald zu stattlicher Höhe angewachsen war und zu Beginn des Jahres 1917 über zwei Divisionen ausmachte. Damals stellte Frhr. von Georgi fest, daß das 28. Infanterie-Regiment (Ergänzungsbezirk Prag) am 3. April 1915 am Dukla-Paß und das 36. Infanterie-Regiment (Ergänzungsbezirk Jungbunzlau) im Mai 1915 bei Limanowa fast vollständig übergegangen seien, was zur Auflösung dieser beiden Regimenter geführt habe. So hatte sich die tschechische Freiwilligenarmee in Rußland durch den Ueberlauf zahlreicher größerer Heeresteile und eifrige Werbung unter den Kriegsgefangenen bald zu einem stattlichen Heereskörper entwickelt, der nicht nur durch seine Aufklärertätigkeit, auch durch in den verschiedenen Heeresberichten wiederholt genannte Waffentaten — zuletzt bei der Brussilow-Offensive am 1. Juli 1917 bei Zborow — den Russen wesentliche Dienste leistete.

Am Anfang war die Hoffnung der Tschechen der russische Zar und ihr Traum ein Großfürstentum unter russischer Knute gewesen. Noch mit dem Imperialismus der Habsburgs hatten sie sich [illegible] und [illegible] den solchen, da war die Rolle der tschechischen Legion in Rußland ausgespielt. Sie hat dann nacheinander versucht, Kerenski, Kornilow, Kaledin zu unterstützen — es ist ihnen nicht gelungen, die verlorene Sache des Krieges durch ihren Kampfeseifer zu beleben.

Umsonst versuchten sie sich im März dem deutschen Vormarsche auf Odessa in den Weg zu werfen. Sie haben in ihrer Verzweiflung, wie der deutsche Bericht meldete, tapfer gefochten, wurden aber umzingelt und verfielen damit dem Lose des Ueberläufers. Es war ein hoffnungsloser Kampf, nicht nur ohne Aussicht auf Erfolg, auch ohne ein bewußtes Ziel, den nun die Reste der tschecho-slowakischen Brigade in Rußland gegen die Bolschewisten und damit gegen die Mittelmächte führten. Sie hatten sich zunächst freien Abzug nach Wladiwostok ausbedungen, um von da im Solde der Verbündeten nach Europa — sei es an die Murmanküste im Eismeere, oder den Sümpfen Albaniens — verschickt zu werden. Durch das Schicksal, das ihrer im Falle der Heimkehr oder der Uebergabe harrte, waren sie zu diesem Auswege gezwungen. Bald aber ließen sie sich durch die Einflüsterungen der englischen Agenten verleiten, die Sache der Gegenrevolution in Rußland zu unterstützen. Ihre immerhin noch geschlossenen Abteilungen bildeten den Kern für allerlei Mitläufer; hier sammelten sich die unentwegten Gegner der Bolschewiki, Zaristen, Kadetten und Sozialrevolutionäre; ihnen schlossen sich aber auch allerlei Räuberbanden an, die früher einmal als „schwarze Hundert" eine Gott und dem Zaren wohlgefällige Tätigkeit entfaltet, dann als „Rote Garden" plündernd das Land durchzogen hatten und schließlich ihr altes Handwerk unter tschecho-slowakischer Firma fortsetzten. So rekrutierte Scharen haben dort in Sibirien für eine schmähliche Sache im englischen Solde unter der tschechischen Fahne gekämpft. Es ist ihnen hier und da gelungen, durch die Besetzung der oder jener Stadt an der sibirischen Bahn einen örtlichen Erfolg zu erzielen und durch die Sperrung der Zufuhr, sowie die Beunruhigung des Landes den Bolschewiki manche Ungelegenheiten zu bereiten. Die scharfen Maßnahmen, die Lenin und Trotzki ergriffen haben, haben aber bald ihre Wirkung geäußert: es dürften nicht viele sein, denen es glückte, Wladiwostok zu erreichen. Den letzten Resten der tschechischen Druzinen, die einst davon träumten, durch die Straßen Prags zum Hradschin als Befreier ihres Volkes einzuziehen, droht heute die standrechtliche Behandlung durch die damals gefeierten russischen Brüder.

England für den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

Lord Robert Cecil erklärte in einem Gespräch über die **Wirtschaftspolitik der Alliierten:** Als die Resolutionen der Pariser Wirtschaftskonferenz niedergelegt wurden, hatten wir ein Bündnis von acht Nationen. Die Welt außerhalb dieses Bündnisses einschließlich der Vereinigten Staaten würde nach Friedensschluß ihre Waren an den, der am meisten bezahlte, verkauft haben. Die Pariser Wirtschaftskonferenz war ein reines Defensivabkommen von denen, die damals am Kriege beteiligt waren, um die eigenen Völker zu sichern und Sorge zu tragen für die Wiederherstellung der im Kriege verwüsteten Gebiete Serbiens, Polens, Belgiens, Frankreichs und Italiens. Der Bund der acht Staaten hat sich zu einer Vereinigung von 24 erweitert. Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, ein enges Verteidigungsbündnis zu schließen, sondern die wirtschaftlichen Grundsätze der Vereinigung der Nationen, die bereits besteht, festzustellen. Diese wirtschaftlichen Grundsätze sind am 8. Januar von Wilson näher umschrieben worden: Möglichst weitgehende Niederlegung aller wirtschaftlichen Schranken und Handelsfreiheiten zwischen allen Nationen, die für den Frieden eintreten und sich vereinigen, um ihn aufrechtzuerhalten. Dieser Erklärung stimmen wir zu, aber sie bedeutet nicht, daß die vereinigten Nationen keine Schutzzölle, keine internationale Konferenz haben werden. Um es in den Worten der interalliierten Arbeiter zu sagen: „Das Recht jeder Nation auf die Verteidigung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen, sowie angesichts der Knappheit in der Welt auf die Sicherung ausreichender Lebensmittel und Rohstoffe kann nicht in Abrede gestellt werden."

Aber ein Ziel muß die umfassende Regelung des einheitlichen Verkehrs mit allen Gliedern der Vereinigung haben in der Weise, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180723-19/fragment/page=0001

jeder ohne der nationalen Sicherheit Abbruch zu tun, den Bedarf der übrigen Beteiligten decken und zu ihrer Entwicklung beitragen hilft. Das einzige Hindernis dieser wirtschaftlichen Vereinigung der Nationen ist Deutschland. Es hat die schwächeren Nationen sich wirtschaftlich tributpflichtig gemacht. Außer der Ostsee und den Dardanellen hat Deutschland jetzt auch die Donau unter seine Kontrolle gebracht. In dem es die internationale Kommission beseitigte. Solange der Krieg dauert, müssen wir alles tun, um die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Militärmacht zu zerstören. Eine völlige Sinnesänderung der deutschen Regierung ist notwendig, damit Deutschland als Teilhaber dieser wirtschaftlichen Gemeinschaft zugelassen werden kann.

•

Lord Robert Cecil begnügt sich in seiner Rede nicht mit den hergebrachten Verleumdungen der Wirtschaftspolitik der Mittelmächte, die diesen erst durch die Haltung des Verbandes aufgezwungen wurde, er gibt auch von der Wirtschaftspolitik des Verbandes eine Darstellung, die der geschichtlichen Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt. Die alter Welt bekannten Setzungen der Pariser Wirtschaftskonferenz als „reines Defensivabkommen" zu bezeichnen, ist schon reichlich stark. Unerhört aber ist, wie dann der Plan, den Bund der „vereinigten Nationen" zu einem Schutzzollsystem auszugestalten, offen eingestanden und im selben Atem dafür aus den Kriegsjelen der englischen Arbeiter das Schlagwort „Verteidigung eigener wirtschaftlicher Interessen" gebraucht wird.

Der Krieg im Westen.

Berlin, 22. Juli abends. (Amtlich.) An vielen Stellen der Schlachtfront zwischen Aisne und Marne Ruhe.

Oertliche Kämpfe südlich des Ourcq.

•

Berlin, 22. Juli. (W. T. B.) Der große, die Entscheidung suchende Kampf Fochs hat auch am vierten Tage mit einem Mißerfolg des Ententegeneralissimus geendet. An der ganzen Hauptangriffsfront von der Aisne bis zur Marne verbluteten sich aufs neue die frischen Divisionen des Feindes, ohne irgendwelchen Vorteil erringen zu können. Wo der Gegner infolge rücksichtsloser Anhäufung seiner Massen auf engem Raum in unsere Linien eindringen konnte, wurde er sofort wieder geworfen. So mußten die über die Straße Soissons—Chateau-Thierry vorgestoßenen feindlichen Kräfte nach unseren erfolgreichen Gegenangriffen im deutschen Verfolgungsfeuer wieder über die Straße zurückweichen. An den Brennpunkten des Kampfes, wie bei Villemontaire und Tigny, waren die feindlichen Blutopfer besonders schwer. Weder der Einsatz zahlreicher Tankgeschwader, noch die Bernebelung des Kampffeldes, noch die Massenverschwendung seiner Kräfte konnte den Feind seinem Ziele näherbringen. Während in den großen Offensiven dieses Jahres die Deutschen bei geringen Verlusten in wenigen Tagen 60 bis 80 Kilometer im Angriff durchdrachen und die feindlichen Armeen oft zu überstürzter Flucht zwangen, hat General Foch kläglichen Anfangserfolges wegen viele Hunderttausende eingesetzt, ohne auch nur im entferntesten ähnliche Erfolge, geschweige denn die erstrebte Entscheidung erzwingen zu können.

Am Abend des 21. südlich der Aisne angesetzte deutsche Jagd- und Schlachtflieger griffen die feindlichen Truppenbereitstellungen mit Bomben und Maschinengewehreuer an und fügten dem Feinde schwere Verluste zu. Des öfteren konnte fluchtartiges Auseinanderlaufen der gegnerischen Ansammlungen und Kolonnen beobachtet werden.

Französischer Heeresbericht vom 22. Juli nachmittags. Im Laufe der Nacht beschränkten die Deutschen ihre Artillerietätigkeit auf die Nordseite des Ourcq, zwischen Marne und hauptsächlich auf die Wälder von Courton und Nohe. Zwischen Ourcq und Marne haben wir starke Gegenangriffe der Deutschen in den Gegenden von Grisolles und Bezu-St.-Germain zum Scheitern gebracht. Wir haben überall unsere Stellungen gehalten.

Englischer Bericht vom 22. Juli morgens. Wir gewannen am 21. Juli südöstlich von Hebuterne Gelände. Im Zusammenwirken mit den Franzosen führten wir in der Nacht erfolgreich ein kleines Unternehmen südlich von Villers Bretonneux aus und brachten dabei einige Gefangene und Maschinengewehre ein.

Der Krieg zur See.

Die „Vaterland" versenkt!

Berlin, 22. Juli. Der amerikanische Truppentransportdampfer Leviathan (früherer Dampfer der Hamburg-Amerikalinie „Vaterland", 54282 Br.-R.-T.) ist am 20. Juli an der Nordküste Irlands versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

(Die „Vaterland" war das größte Passagierschiff der Welt, wurde bei Kriegsausbruch von den Amerikanern beschlagnahmt und jetzt zu Truppentransporten nach Europa benutzt.)

Berlin, 23. Juli. Aus Hamburg wird der Vossischen Zeitung gedrahtet: Vaterland war von den Amerikanern mit ganz besonderen Sicherheitsmaßregeln, mit sehr starken Netzen gegen Torpedierung ausgerüstet worden, so daß sie darauf bauten, daß das Schiff, selbst wenn es eine Torpedierung erreichte, nicht zum Sinken gebracht werden konnte. Vaterland war außerdem mit doppelten Wandungen und sehr starken Schottungen versehen. — In Hamburg erregte die Meldung von der Torpedierung deutbar größtes Aufsehen.

•

wb. Berlin, 22. Juli. (Amtlich.) Durch unsere im Sperrgebiet des Mittelmeeres operierenden U-Boote wurden drei wertvolle Dampfer und ein Segler von rund 19000 Br.-R.-T. versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Berlin, 23. Juli. Von unterrichteter Seite wird auf die beachtenswerte Tatsache hingewiesen, daß die Seeflieger des Marinekorps in den letzten Wochen sechs englische Curtiss-Groß-Boote in der südlichen Nordsee und vor der Themse-Mündung vernichtet haben. Dieser Erfolg wird vielleicht nicht überaus hoch genug eingeschätzt. Er bedeutet fraglos nicht, als der Abschuß irgend eines gewöhnlichen Flugzeugs. Die Engländer hatten gehofft, in diesen Flugbooten ein wichtiges Mittel zur Unterbindung des U-Boot-Krieges in ihren Küstengewässern gefunden zu haben. Unsere Flieger an der flandrischen Küste haben gezeigt, daß sie auch mit diesen, nicht zu verachtenden Gegnern der in vieler Hinsicht eine neue Entwicklungsstufe der Luftwaffe darstellt, fertig werden. Das Curtiss-Boot ist ausgerüstet mit 2 starken Motoren zu je 550 Pferdekräften, hat für 10 Stunden Betriebsstoff und eine Schnelligkeit von 155 Kilometer in der Stunde. Seine Besatzung besteht aus einem Kommandanten und vier Mann. Als Angriffswaffe gegen unsere Unterseeboote führt es vier schwere Wasserbomben mit. Außerdem trägt es eine Bewaffnung von 5 Maschinengewehren.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 22. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

In Albanien nahm vor drei Tagen der Feind nördlich von Berat und im oberen Devoll-Tale seine Angriffe wieder auf. Von örtlichen Schwankungen abgesehen, gelang es ihm vorgestern, Vorteile zu erringen.

Zwischen dem Semeni-Knie und dem Meere drangen unsere Erkundungsabteilungen an mehreren Stellen in die italienischen Linien ein.

Der Chef des Generalstabes. (W. T.-B.)

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 22. Juli. Die englische Presse hatte am 12. Juli die Ausgabe des Marineoberbefehlshabers Collingwood Hughes verbreitet, daß die Mannschaft eines genommenen U-Bootes vier englische, vorher gefangene Seeleute bei der Versenkung des Bootes habe ertrinken lassen. Jetzt sieht sich der Sekretär der englischen Admiralität genötigt, öffentlich bekannt zu machen, daß diese Angabe durch keine Nachricht im Besitz der englischen Admiralität bestätigt werden kann und gänzlich ohne Bollmacht gemacht wurde.

Berlin, 22. Juli. Ein Tagesbefehl der ersten französischen Kürassiere zu Fuß, vom 5. April 1918, spricht von dem „unwürdigen Betragen und der schimpflichen Handlungsweise französischer Truppen", die in einer von der Zivilbevölkerung verlassenen Gegend die Gelegenheit zum „Plündern und Verwüsten alles dessen, was zu finden war", benutzten. Dieser Befehl ist ein weiterer Beleg für die endlose Reihe von verbrecherischen Handlungen der Franzosen gegen ihre eigenen Landsleute.

Bern, 22. Juli. Wie Agence Hellenique aus dem Haag meldet, berichten die englischen Blätter, daß ein großer Brand gewaltige Mengen Kriegsmaterial und Heereslieferungen im Hafen Piräus vernichtet habe. Der Schaden soll mehrere Millionen Pfund Sterling betragen.

Bern, 23. Juli. Matin berichtet aus Neuyork, daß die Regierung für unbestimmte Zeitdauer vom 25. Juli an für die Staaten Neu-England, Neu-Jersey, Neuyork, Pennsylvanien, Delaware und Maryland sowie für den Distrikt Columbia vier lichtlose Nächte, für die übrigen Staaten zwei lichtlose Nächte angeordnet hat.

Amsterdam, 22. Juli. (T. U.) Der Evening Post zufolge hat Wilson an die Vorsitzenden der amerikanischen Arbeiterföderation und amerikanischen Arbeiter-Allianz-Gompers Telegramme gesandt, in denen er mit Nachdruck darauf hinweist, daß man alles vermeiden müsse, wodurch Schwierigkeiten entstehen könnten, die von schädlichem Einfluß auf die Produktion wären. Insbesondere müsse man Arbeiterausstände verhindern. Wilson führte aus, daß der Krieg sowohl in den amerikanischen Fabriken, wie auf den Schlachtfeldern in Frankreich verloren gehen könne.

London, 22. Juli. Lord Lee ist infolge von Differenzen mit dem Präsidenten des Ackerbauamts von seinem Posten als Staatssekretär für Lebensmittelerzeugung zurückgetreten, da er die von ersterem bezüglich der heimischen Lebensmittelerzeugung verfolgten Politik nicht für durchgreifend genug hielt, um die Lebensmittelversorgung des Landes jetzt und nach dem Kriege sicherzustellen.

Zur Lage in Rußland.

Der Schutz der deutschen Botschaft.

Moskau, 20. Juli. (W. T. A.) Der Bericht der deutschen Tageszeitungen über die Einwilligung der russischen Regierung, den Schutz der deutschen Botschaft in Moskau deutschen Soldaten zu übertragen, ist nicht ganz zutreffend. Die russische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, das Dienstpersonal in der Botschaft um 300 Mann zu vergrößern, jedoch unter der Bedingung, daß diese 300 Mann, die aus Deutschland kommen können, keine Militäruniform tragen.

Rußland neutral.

Moskau, 20. Juli. (Amtlich.) (W. T. A.) In Anbetracht der systematischen tendenziösen Berichte der ausländischen Presse, daß Rußland beabsichtige, ein Bündnis bald mit Deutschland, bald mit der antideutschen Koalition zu schließen, ist die Petrograder Telegraben-Agentur ermächtigt zu erklären, daß Rußland neutral ist, und auch neutral zu bleiben wünscht. Es hat durchaus nicht die Absicht, mit irgend einer der kämpfenden Koalitionen sich zu verbinden.

Russen in Deutschland.

Moskau, 20. Juli. (W. T. A.) In der Oeffentlichkeit erregt die Nachricht, daß die Berliner Polizei bis jetzt die russischen Bürger als Angehörige feindlicher Staaten betrachtet, große Unzufriedenheit. Den russischen Bürgern werden von der Berliner Polizei verschiedene Beschränkungen auferlegt, von denen die Angehörigen anderer neutraler Staaten, z. B. die Skandinavier, befreit sind. Es ist die Frage aufgeworfen worden, die deutschen Untertanen in Rußland den gleichen Verpflichtungen zu unterwerfen, falls die russischen Staatsangehörigen in Deutschland in ihren Rechten nicht den Bürgern anderer neutraler Staaten gleichgestellt werden.

Reorganisation der Roten Garde durch Trotzki.

Moskau, 22. Juli. (T. U.) Aus den Erfahrungen während der jüngsten Kämpfe mit den Sozial-Revolutionären hat Trotzki, in seiner Eigenschaft als Volkskommissar für die militärischen Angelegenheiten, eine völlige Reorganisation der Roten Garde angeordnet.

•

Moskau, 19. Juli. (P. T. A.) Laut Zeitungsbericht der konterrevolutionären Regierung in Samara befinden sich im Gefängnis zu Samara 2304 verhaftete Bolschewiken. Wie mitgeteilt wird, ist die Gefängnisordnung sehr streng; es sind Todesfälle im Gefängnis vorgekommen. In Samara ist die Vereinigung der Metallarbeiter geschlossen worden. Die Verteilung von Unterstützungsgeldern an Arbeitslose ist eingestellt. Die Fabrikarbeiter-Komitees sind auseinandergejagt. An der Spitze der Tschecho-Slowaken stehen 4 frühere Mitglieder der Konstituantenversammlung. Das Oberhaupt der Regierung ist einer der rechten Sozialrevolutionäre, Fortunatow.

Moskau, 20. Juli. (P. T. A.) Ein aus Omsk auf Umwegen zurückgekehrtes Mitglied einer Sowjettruppe teilt mit, daß in Omsk die Tschecho-Slowaken und Kontre-Revolutionäre etwa 1500 Anhänger der Sowjet-Regierung erschossen haben.

Japan in Sibirien.

Japanische Finanzkreise erfahren aus Londoner Börsenkreisen, daß nach Aeußerungen japanischer Bankdirektoren zu London Japan für eine Intervention in Sibirien mindestens ein Gebiet beanspruchen, das sich nördlich desjenigen Teiles der transsibirischen Eisenbahn erstreckt, der durch die Stationen Wladiwostok und Irkutsk begrenzt wird. Das Gebiet erstreckt sich von Irkutsk aus rund 1000 englische Meilen in nördlicher Richtung nach Jakutsk und von dort in östlicher Richtung nach dem russischen Hafen von Nikolajewsk gegenüber der Insel Sachalin. Japan werde dadurch in Sibirien ein Gebiet erhalten, das etwa zweieinhalbmal so groß sei als ganz Deutschland und die beiden besten Häfen Ostsibiriens Wladiwostok und Nikolajewsk umfasse.

Finnen mit Engländern im Gefecht.

Haag, 23. Juli. (T. U.) Der Berichterstatter der Times in Christiania berichtet: Nach Meldungen aus Finnland sind die Vorposten der finnischen Truppen 20 Kilometer von dem nördlichen Teil der Murman-Eisenbahn auf der Halbinsel Kola entfernt mit britischen Truppen in ein Gefecht verwickelt.

Eine neue Kriegserklärung an Deutschland.

Nach den Basler Nachrichten meldete die Agentur Havas aus Tagucigalpa, daß die Regierung von Honduras (Mittel-Amerika) den Kriegszustand mit Deutschland erklärt habe.

Direkte Verbindung Berlin—Helsingfors.

Berlin, 23. Juli. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Stockholm: Blättermeldungen zufolge ist eine direkte Verbindung Berlin—Helsingfors geplant, die über Reval gehen soll. Von Reval nach Helsingfors soll ein Fähre-Verkehr eingerichtet werden.

Was die Sinnfeiner wollen?

Sinn Feineack setzt in einer Zuschrift an den Daily Mail vom 30. Mai zur Widerlegung falscher Vorstellungen folgendes auseinander: Irland ist ein Land, das gegen seinen Willen von der überlegenen militärischen Macht eines anderen Volkes unterjocht wird. Was Irland heute durch den Mund von Sinn Fein verlangt, ist die Anerkennung seiner besonderen Nationalität und infolgedessen seines Rechtes auf Unabhängigkeit. Es nagelt die Staatsmänner des Verbandes auf ihre öffentlichen Erklärungen fest, daß alle Nationen, große wie kleine, Rechte haben, die geachtet werden müssen. Es tritt des weiteren für volle demokratische Freiheit in dem Sinne ein, daß das irische Volk, und zwar allein, berufen ist, zu entscheiden, welche Form der Regierung ihm zusagt und welche Haltung es gegenüber andern Nationen einnehmen will. Die Iren sind nicht Narren oder hysterische Leute oder langhaarige Dichter oder törichte Träumer; sie wollen Herren ihres Geschickes in jeder Richtung sein und wünschen sicherlich, wenn einmal ihre Rechte anerkannt sind, im Frieden mit andern Nationen zu leben.

Wäre die Unabhängigkeit Irlands erreicht und anerkannt, so könnte die irische Nation sich den Verbandsländern im europäischen Kriege anschließen, oder sie könnte es vorziehen, neutral zu bleiben, wenn das in Irlands Interesse am besten erscheine. Aber die irische Nation hat nicht die Freiheit, diese Frage für sich zu entscheiden, und ganz sicherlich wird sie sich nicht darin zwingen lassen. Und solange sie selbst unfrei ist, weiß sie verständlich alle Bedrängten darüber ab, was sie tun oder nicht tun sollte. Sinn Fein ist der Ansicht, daß keine weitgehende „Home Rule"-Maßnahmen, so freigebig und glänzend sie auch sein mögen, die wahre Wurzel der Frage treffen. Dabei handelt es sich immer nur um Geschenke des Herrn an den Sklaven, nicht um die Anerkennung des Rechtes des Sklaven auf seine eigene Mannheit und Freiheit und alles, was daran hängt.

Was Irland verlangt, ist das Recht auf Vertragsfreiheit und volle Anerkennung dieses Rechtes. Wenn das zugestanden ist, dann kann von Bedingungen und Abkommen und Anpassungen die Rede sein. Und Irland verlangt Zeugen für den Vertrag; darum wendet sich Sinn Fein an die Friedenskonferenz als an einen Gerichtshof, wo vielleicht nicht die strenge Gerechtigkeit, aber jedenfalls Unparteilichkeit herrschen wird.

Der italienische Sozialistenkongreß verboten!

Aus Bern wird gemeldet: Laut Avanti wurde der auf den 27. bis 30. Juli nach Rom einberufene nationale Sozialistenkongreß von dem Präfekten von Rom verboten. Der Parteisekretär Bonbocci legte sofort Protest ein.

Der Avanti ist empört über diese verfassungswidrige Polizeimaßnahme, die auf Orlando zurückzuführen sei, und verweist nachdrücklich darauf, daß in allen anderen kriegführenden Ländern beider Lager die Mehrheits- und Minderheitssozialisten über alle mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen frei und offen disputiert und in Beschlüssen Stellung genommen haben.

Die holländische Fischerei.

Rotterdam, 22. Juli. (T. U.) Die Vereinigung der Fischreeder erhielten die Nachricht, daß England die holländische Fischerflotte unbehindert ihren Betrieb ausüben lassen will, wenn von den nach Holland gebrachten Fischen nichts nach Deutschland ausgeführt wird. Der Vorstand des Fischreeder-Verbandes hat sich mit der holländischen Regierung in Verbindung gesetzt, um Genehmigung zur Ausfahrt zu erhalten. Von Deutschland wurde noch keine Zustimmung zu einer derartigen Regelung erteilt. Ueber einen anderen Vorschlag an England, der darauf abzielt, eine Anzahl holländischer Fischdampfer in englischen Gewässern für England fischen zu lassen, wogegen von Holland nach Deutschland Fische ausgeführt werden dürfen, ist noch keine Entscheidung getroffen.

Das österreichische Gesamtministerium zurückgetreten.

Wien, 22. Juli. (Abgeordnetenhaus.) Am Schluß der Sitzung teilte Präsident Dr. Groß mit, daß Ministerpräsident Dr. v. Seidler und die ganze Regierung ihre Entlassung gegeben, daß die Entlassung angenommen worden (Beifall bei den Tschechen), und daß die Regierung mit der Fortführung der Geschäfte betraut worden sei. (Das übliche gnädige Handschreiben des Kaisers an den gewesenen Ministerpräsidenten ist bereits veröffentlicht worden.)

Dr. Stresemann zur Verständigung mit Rußland.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann zieht in der Wochenschrift Deutsche Stimmen die Bilanz der ukrainischen Besetzung, die große Streitkräfte von der Westfront abziehe. Was wir von der Ukraine erhoffen, sei zum größten Teil unerfüllt geblieben, und wir müßten uns die Frage vorlegen, ob die bisherigen Wege überhaupt zum Ziele führen. Auf der andern Seite herrsche, auch in den Anhängerkreisen der Räteregierung Erregung gegen Deutschland, weil die Meinung verbreitet sei, daß Deutschland systematisch auf den Ruin Rußlands hinarbeite, indem es ihm das Getreide aus dem Süden ebenso abschneide, wie die Kohlen aus dem Donezgebiet und die Erze aus dem Kaukasus.

Als ein Weg, die russische Agitation durch realpolitische Taten zu beruhigen und gleichzeitig die deutschen Bedürfnisse zu befriedigen, wird von russischer Seite empfohlen, man solle es Rußland ermöglichen, Getreide aus der Ukraine gegen Textilwaren einzutauschen, und das so erlangte Getreide zwischen Deutschland und Rußland teilen. Auf diese Weise würde dem deutschen Bedarf wie auch den russischen wirtschaftlichen Ansprüchen Genüge geleistet und der Zustand beseitigt, als wenn Rußland durch Deutschland einer Ausbeutungerung ausgesetzt wäre. Dringend werde die baldige Anbahnung eines wirtschaftlichen Austausches zwischen Rußland und Deutschland gewünscht, der durch sicherlich den Intentionen unserer Wirtschaftskreise entsprüche. Jeder deutsche Kohlendampfer würde Rückfracht in gleichem Werte an wichtigen Rohstoffen mit sich nehmen können, abgesehen von den politischen Vorteilen, die durch die Anbahnungen eines solchen Wirtschaftsverkehrs eintäten.

Dem Gesinnungswechsel der Kadetten — Miljukows, Kamenoms, Rodokows und Winawers, die kürzlich in Kiew weilten, — steht Stresemann skeptisch gegenüber. Wir haben keinen Anlaß, uns in die russischen Verhältnisse nach der einen oder andern Seite einzumischen. Die Bolschewisten haben übrigens bereits viel Wein in den gärenden Most ihrer wirtschaftlich-revolutionären Ideen getan. Jedenfalls stehe fest, daß die heutige russische Regierung zu Entente-zeichnungen am allerwenigsten geneigt sei.

Zum Schluß erklärt Stresemann eine Revision des Brester Vertrages für überflüssig, da die russische Regierung sich mit diesem Vertrage längst abgefunden habe. Es genüge, wenn wir Rußland nicht von der Ostsee absperren und dem Reval für die russische Ausfuhr zu freiem unbehinderten Wettbewerb zur Verfügung stellen. Die russische Regierung müsse ihren Anhängern darlegen können, daß wir Rußland wirtschaftlich nicht abzuschnüren beabsichtigen, daß wir auch bei zeitweiliger Okkupation der südlichen Gebiete niemals beabsichtigen, uns dort dauernd festzusetzen, daß wir dem Wiederanheimfall dieser Gebiete an Rußland dann keine Hindernisse in den Weg legen werden, wenn er dem ausgesprochenen Wunsche der Bevölkerung entsprechen würde, und daß wir eine gleiche Entfaßlichkeit von territorialen neuen Eroberungen für unsere türkischen Bundesgenossen garantieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180723-19/fragment/page=0002

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Kommt das gleiche Wahlrecht?

In eingeweihten parlamentarischen Kreisen erzählt man sich neuerdings, daß aller Voraussicht nach das preußische Herrenhaus nach Schaffung weiterer Sicherungen gegen eine Radikalisierung des Parlaments ein Mehrstimmenwahlrecht beschließen wird, das außer der Grundstimme zwei Zusatzstimmen vorsieht, die nicht an den Besitz, sondern an Alter und Familienstand geknüpft sind. Es heißt weiter, daß die Regierung trotzdem noch nicht zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten, sondern vielmehr die so gestaltete Vorlage auch an das Abgeordnetenhaus bringt und wenn sie dort Zustimmung gefunden hat, dem Beschluß beider Häuser des Landtags zurückst beitreten will. Unmittelbar, nachdem das neue Wahlgesetz die Unterschrift des Königs erhalten und damit Gesetzeskraft erlangt hat, soll dann das Abgeordnetenhaus aufgelöst und die Neuwahlen nach dem neuen Gesetz ausgeschrieben werden. Dem auf Grund dieses Gesetzes gewählten neuen Landtag soll dann eine neue Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden, die das gleiche Wahlrecht vorsieht. Findet sich hierfür nicht die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit, so glaube die Regierung sich beruhigen zu sollen, da sie ihre Pflicht erfüllt und alles versucht habe, um dem gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

Einstweilen vermögen wir an die Darstellung noch nicht zu glauben. Würde sie zutreffen, so wäre die Rolle, die die Regierung hierbei spielt, eine mehr als zweideutige, denn dadurch, daß sie einer Vorlage zustimmt, die neben anderen Sicherungen auch eine qualifizierte Mehrheit für zukünftige Aenderungen des Wahlrechts enthält, würde sie selbst den Weg zu einer späteren Reform verrammelt haben und sich den Vorwurf zuziehen, daß es ihr mit dem gleichen Wahlrecht nicht ernst ist. Daß ein wie immer geartetes Mehrstimmenwahlrecht, ja selbst das gleiche Wahlrecht bei der jetzigen Wahlkreiseinteilung, die bekanntlich beibehalten werden soll, keine Zweidrittel- oder gar Dreivierteilmehrheit für ein freiheitliches Wahlgesetz einbringt, weiß die Regierung und deshalb ist, wenn anders sie wirklich auf dem Boden des gleichen Wahlrechts steht, ihre Pflicht, jedem Beschluß, der sich von dieser Grundlage entfernt, die Zustimmung zu versagen. Will sie nicht den letzten Rest des Vertrauens im Volke verlieren, so bleibt für gar nichts anderes übrig, als für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch das Herrenhaus endlich zur Auflösung zu schreiten und an die Wähler zu appellieren. Erfolgt der Appell an die Wähler erst nach Einführung einer qualifizierten Mehrheit für Wahlrechtsänderungen, so würde das zwar nicht das heutige Wahlrecht, wohl aber einen Zustand herbeiführen heißen, unter dem die Rechte der Volksvertretung so beschnitten sind, daß sie nur noch ein Scheindasein führen. Eine solche Verhöhnung würde und könnte das preußische und mit ihm das deutsche Volk sich nun und nimmer gefallen lassen.

Die Alldeutschen gegen den Stellvertreter des Reichskanzlers.

Nach der Beseitigung des Herrn v. Kühlmann fordert jetzt die alldeutschen Blätter den Rücktritt des Herrn v. Payer in folgender Weise:

„Wir wollen heute des Grafen Hertling innere Stellung zum deutschen Siegkriegsziel nicht erörtern, sondern beschränken uns auf die Feststellung, daß der sogenannte Vizekanzler, daß Exzellenz Dr. v. Payer republikanischen Angedenkens zweiter politischer Vertrauensmann des deutschen Kaisers ist, daß er seiner ganzen Vergangenheit nach auf der Seite des Verzichts steht und daß er bis zu seiner Berufung in seine bedeutsames Amt Mitglied des Aufsichtsrats der Frankfurter Zeitung war und heute noch an ihr geldlich beteiligt ist. Der Aufsichtsrat der Frankfurter Zeitung bestimmt satzungsmäßig die politische Haltung dieses alljüdischen, monarchiefeindlichen Blattes — und Herr v. Payer hat als Mitglied des Aufsichtsrats durch viele Jahre diese Haltung mitbestimmt. Ist er durch seine Berufung zum „Vizekanzler" und sein dadurch herbeigeführtes förmliches Ausscheiden aus dem Kreise der leitenden Geister der Frankfurter Zeitung ein anderer geworden?... es ist eine für alle mit dem Gefühl für die politische Wahrhaftigkeit noch begabten Deutschen eine schlechthin unerträgliche Unwahrheit, daß Exzellenz Dr. v. Payer von der Frankfurter Zeitung, ausgerechnet in solcher Zeit, stellvertretender Reichskanzler sein kann. Politischen Notwendigkeiten gibt man vielleicht besser seine allgu deutsche Marke. Also reden wir heute bescheidentlich nicht von dem notwendigen Systemwechsel, sondern sprechen die Erwartung aus, daß Exzellenz v. Payer die Straße ziehe, die Herr v. Kühlmann, sein Wegbereiter, gegangen ist.

Auch hier wieder richten sich die Alldeutschen nicht gegen das politische Verhalten des Angegriffenen, sondern sie stänkern gegen sein Privatleben, genau wie im Falle Kühlmann.

Einen Vorschlag zur Güte

machte die Welt am Montag der sogenannten Vaterlandspartei. Sie möge ihr Programm mit folgenden Sätzen beginnen lassen:

„Mitglied der Vaterlandspartei kann jeder Deutsche werden, der sich verpflichtet, solange seine Brüder kämpfen und entbehren, keinen Gewinn aus dem Kriege zu ziehen und keinesfalls besser zu leben als jeder Deutsche, der für seine Ernährung lediglich auf die Nahrungsmittel angewiesen ist, die ihm durch Karte zustehen und den minderbemittelten Klassen zugänglich sind."

Ein Mitarbeiter des Berliner Blattes schrieb dazu: Ich bin überzeugt, das wäre eine glänzende Propaganda für die Partei, das würde viel mehr ziehen, als selbst die schwungvollste Rede, die Tirpitz halten kann; mehr als Millionen gedruckter Wische voll hochtrabender Redensarten; mehr als Huldigungstelegramme und huldvolle Antworten; mehr als jedes Mittel, das den Stiefel auf Hochglanz bringt, ohne ihn doch für den gemeinen Menschen passend zu machen. Und diese ausgezeichnete Propaganda ist doch so einfach; sie verlangt von den Mitgliedern der Vaterlandspartei nur das bischen, was sie täglich von Millionen, die lange nicht so tüchtig und überzeugt sind, wie sie selbst, als ganz selbstverständlich vorausgesetzt!

Die Mitglieder der Vaterlandspartei werden aber wie Schafleder ausreißen, wenn sie auf ein solches patriotisches Durchhalteprogramm verpflichtet würden.

Die erste Tat des Reichs-Wohnungskommissars

hatte eine Klage beim Mieteinigungsamt in Berlin zur Folge. Der Herr Reichs-Wohnungskommissar Coele war der Brüggen war in Berlin — ohne Wohnung. Der preußische Staat mußte versuchen, ihn irgendwo unterzubringen. Aber das ist heute nicht so leicht. Während man für den Reichs-Wohnungskommissar nach einer Wohnung suchte, verfiel man auf ein Gebäude, das für den seinerzeit geplanten Neubau des Opernhauses vom Fiskus erworben, nach der Ausführung des Neubaues aber an mehrere Herrschaften vermietet worden ist. Dem Herrn Reichs-Wohnungskommissar gefiel ein Teil des Gebäudes, der zur Zeit von dem Fabrikanten Theodor Fröhlich und dem Rentner Kronhausen bewohnt wird. Den beiden wurde gekündigt. Da es ihnen aber jedenfalls aus den Ursachen, aus denen man einen Reichs-Wohnungskommissar eingesetzt hat, schwer geworden wäre, eine neue Wohnung zu finden, erhoben sie Einspruch bei dem zuständigen Minister, der jedoch ohne Erfolg blieb. Sodann erhoben sie Klage beim Mieteinigungsamt. In der Verhandlung beschwerten sie sich vor allem darüber, daß man in den gleichen fiskalischen Häusern wohnenden Mietern, die in der Provinz umfangreiche Herrenbesitze innehätten, ihre Wohnung gelassen und gerade ihnen gekündigt habe. Ein Urteil wurde noch nicht gefällt. Es wird aber angenommen, daß die Klage Erfolg hat.

Beurlaubung von Soldaten nach mehreren Orten.

Auf eine Anregung des Reichstagsabg. Marquardt, den Urlaubern ihren Urlaub für zwei Orte zu gewähren, damit sie ihre Familie und eventuell auch ihre Eltern besuchen könnten, ist die Antwort erfolgt, daß eine Regelung des Urlaubswesens in Vorbereitung sei, die diese Möglichkeit inschschließen werde.

Die Fortschrittler Pommerns fürs gleiche Wahlrecht.

Der Delegiertentag der Fortschrittler Pommerns stimmte einhellig einer Entschließung für den Eintritt in den preußischen Wahlkampf auf breitester Front unter Zusammenschluß aller Freunde des gleichen Wahlrechts zu.

Litauen und Sachsen.

Bei der Meldung, daß dem württembergischen Herzoge von Urach die litauische Königskrone durch eine Deputation des litauischen Landesrates angeboten worden sei, scheint es sich mehr um einen Versuchsballon, als um eine politische Tatsache zu handeln. Maßgebende Kreise sind der Meinung, daß die endgültige Bestimmung über die Landstaaten der Zeit nach dem Kriege vorzubehalten sei. Das gilt auch von den Plänen einer Personalunion zwischen Litauen und Sachsen, die als vertagt gelten können.

Beihilfe für Veteranen früherer Feldzüge.

Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes hat die Reichsverwaltung auf den von allen Reichstagsparteien unterstützten Antrag auch dieses Jahr eine einmalige Beihilfe an alle Veteranen früherer Feldzüge gewährt.

Tabakwucher.

Die Münchener Post wirft unter Berufung auf die Fachpresse dem früheren Geschäftsführer der Cigaretten- und Tabakeinfuhr-Gesellschaft in Dresden, Baron von Michel-Raulino, vor, sein Amt für private Interessen mißbraucht zu haben. Bekanntlich haben die Tabakpreise in der Türkei und im Orient eine ungeheuerliche Höhe erreicht. Sie sind künstlich getrieben worden, um jenen Firmen, die sich billig mit großen Mengen von Tabak eingedeckt hatten, einen gewaltigen Nutzen zu verschaffen. Zu diesen Firmen gehört auch die Firma Klassim Emin in Lanthi, zu deren Inhabern Herr v. Michel-Raulino gehört. Die Methode, mit der diese Firma die Preise in die Höhe setzte, bestand darin, daß sie, nachdem sie sich selbst billig mit Rohware versehen hatte, bei den Bauern anfragte, ob sie kleine Pöstchen von Tabak zum Preise von 40 Lewa (1 Lewa = 80 Pf.) zu verkaufen hätten. Natürlich wollten die Bauern nun keine Ware mehr billiger abgeben. Die Firma Klassim Emin, die peinlich auf ihren guten Ruf hält und den Vorwurf des Wuchers scheut, bot ihren Tabak, den sie für drei bis sechs Lewa gekauft hatte, zu 30 Lewa aus und konnte sich noch darauf berufen, daß sie ihre Ware unter dem Marktpreise abgebe!

Herr Baron v. Michel-Raulino, zugleich Inhaber der Firma Klassim Emin und Geschäftsführer der Cigarettenland-Einfuhrgesellschaft, war natürlich an dieser Preistreiberei beteiligt. Aber es kommt noch besser. Bestungsfähige Zigarettenfabriken haben die Herstellung billiger Mannschaftszigaretten für das Feldheer unter Berufung auf ihren Mangel an billigen mazedonischen Tabaken verweigert. Zu diesen Firmen gehört die Hof-Cigarettenfabrik Zuban in München, unter deren Inhabern ebenfalls der mit Orden geschmückte, mit Ehren überhäufte Baron v. Michel-Raulino sich befindet. Der Generalanzeiger für den Tabakhandel fragt, warum die Firma Zuban keine billigen Tabake hatte und gibt darauf die Antwort: „Weil die Wucherfirma Klassim Emin (Inhaber v. Michel-Tegin und Klassim Emin) der Hof-Cigarettenfabrik Zuban (Haupthaber v. Michel, Tegin und Klassim Emin) ihre billig eingekauften Tabake zu Wucherpreisen berechnete."

Seither ist Baron v. Michel-Raulino von seinem Posten entfohlen. Das Reichswirtschaftsamt hat ihn im Anfang März telegraphisch „ersucht", abzudanken. Aber sollen die Vorkommnisse Amtsgeheimnisse bleiben, oder nicht vielmehr zur Warnung aller jener dienen, die sich in die Kriegsorganisationen eingeschlichen haben, um dort ihre persönlichen Geschäfte zu betreiben?

Deutscher Heeresbericht vom 22. Juli.

wtb. Großes Hauptquartier, 22. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne dauert die Schlacht in unverminderter Heftigkeit fort. Trotz seiner schweren Niederlage am 20. Juli stieß der Feind unter Einsatz frischer Divisionen und neuhergeführter Panzerwagen erneut zu erbitterten Angriffen gegen unsere Linien vor. Seine Angriffe sind gescheitert. Gefangene bestätigen die schweren Verluste des Feindes. Auch der gestrige Kampftag führte wiederum zu einem vollen Erfolge der deutschen Waffen.

Zwischen Aisne und südwestlich von Hartennes leitete stärkstes Trommelfeuer am frühen Morgen Infanterieangriffe des Feindes ein. Südwestlich von Soissons und südwestlich von Hartennes brachen sie schon vor unseren Linien zusammen. Nördlich von Villemontoire drangen Teile des Feindes vorübergehend über die Straße Soissons—Chateau-Thierry vor. Unser Gegenangriff warf sie wieder völlig zurück. Auch Villemontoire und Tigny waren Brennpunkte des Kampfes, den erfolgreiche Gegenstöße zu unseren Gunsten beendeten. Am Abend wurden erneute feindliche Angriffe südwestlich von Soissons schon in ihrer Bereitstellung getroffen; wo sie nach zur Durchführung kamen, brachen sie verlustreich zusammen.

Beiderseits des Ourcq stieß der Feind am Vormittag wuchtig vorgeblich gegen unsere Linien vor. Nach Heranführung frischer Kräfte holte er am Nachmittag zu erneuten Angriffen aus. Nach schwerem Kampf brachen Gegenstöße den Ansturm des Feindes beiderseits von Oulchy-le-Chateau zum Scheitern.

Nördlich und nordöstlich von Chateau-Thierry erschwerten unsere im Vorgelände belassenen Abteilungen dem Gegner das Herankommen an unsere neuen Linien. Erst am Abend kam es hier zu stärkeren Angriffen, die unter schweren Verlusten für den Feind zusammenbrachen.

An der Marne-Front Artillerietätigkeit. Zwischen Marne und Ardre setzten Engländer und Franzosen ihre Angriffe fort. Sie wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Erfolgreicher Vorstoß in die feindlichen Linien bei Ancerviller.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Aus der Partei.

Betriebsvertrauensleute für die Partei.

Im Sozialdemokratischen Verein für das Kölner Gebiet ist kürzlich die Anregung erfolgt, in den großen industriellen Betrieben besondere Vertrauensleute für die Partei zu ernennen. Man könnte diese Arbeit nicht den Gewerkschaften überlassen, weil dies sofort zu Streitigkeiten in der Partei und in den Gewerkschaften führe. Es sei für die Partei notwendig, enge Fühlung mit den Massen zu erhalten, um deren Stimmungen kennen zu lernen. Es könne dann nicht zu derartigen Ueberraschungen kommen, wie im Januar dieses Jahres bei Ausbruch des großen Streiks. Diese Vertrauensleute müßten vor allem auch suchen, Frauen für die Organisation zu gewinnen und diese seien jetzt in der Industrie in großen Massen beschäftigt. Es konnte dabei auf verschiedene Bezirke in Deutschland hingewiesen werden, in denen derartige Einrichtungen schon bestehen.

Aus aller Welt.

Explosion in Plauen.

Berlin, 22. Juli. (W. T. B.) Die in Plauen befindliche Munitionsfabrik der A. C. G. ist am 19. d. M. nachmittags vermutlich durch Selbstentzündung von Sprengstoffen teilweise zerstört worden, wobei außer beträchtlichem Sachschaden leider auch eine größere Anzahl von Menschenleben zu beklagen sind. Der Brand war nach 2½ Stunden durch die Feuerwehr gelöscht. Es ist zu hoffen, daß der Betrieb bald wieder aufgenommen werden kann.

Explosionen in Frankreich.

Basel, 21. Juli. Progres de Lyon teilt mit, daß im Arsenal in Castres eine Reihe von Explosionen in einem Bomben- und Sprengstoffdepot stattgefunden habe. Nach der ersten Explosion wurde Anordnung auf Räumung der Stadt erteilt. Dank dieser Maßnahme ist die Zahl der Opfer, obwohl genau noch nicht bekannt, gering, der Schaden in der Stadt ist sehr groß und erstreckt sich bis auf zehn Kilometer im Umkreis. Eine Explosion des Pulverlagers und der Hauptladestätte konnte bisher verhindert werden.

Der heruntergefallene 20-Mark-Schein.

Von welchen unglaublichen Zufälligkeiten das Schicksal eines Menschen abhängt, wenn er in die unangenehme Lage kommt, als Angeklagter vor Gericht erscheinen zu müssen, zeigt mit besonderer Deutlichkeit ein Fall, der augenblicklich die Strafkammer des Berliner Landgerichts III beschäftigt. Eine Frau Helene M. aus Charlottenburg war vom Schöffengericht wegen Diebstahls zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Auf die Berufung der Angeklagten, die fortgesetzt unter Tränen ihre Unschuld beteuerte, hatte sich dann die Strafkammer mit dieser Sache zu beschäftigen, welche trotz des Hinweises des Verteidigers, daß es sich um eine völlig unbescholtene Frau handle und erhebliche Zweifel beständen, die Berufung unter Zugrundelegung folgenden Sachverhalts verwarf:

Die Angeklagte war am 7. September vorigen Jahres in das Schuhgeschäft von Sch. in Charlottenburg gekommen, um dort ein Paar reparierte Schuhe abzuholen. Hierbei soll sie einen Zwanzigmarkschein, den eine andere Kundin, die gerade den Laden verlassen hatte, auf das Kassenpult gelegt hatte, entwendet haben. Die Inhaberin des Geschäfts versicherte auf das bestimmteste, daß ein Irrtum ausgeschlossen sei, nur die Angeklagte könne den Schein weggenommen haben. Auch nach ihrer Verurteilung beteuerte Frau M. noch fortgesetzt ihre Unschuld und ließ schließlich durch ihren Verteidiger ein Gnadengesuch einreichen. Sie begab sich, um zur Unterstützung dieses Gesuchs die Unterschrift der Bestohlenen zu erlangen, zu dieser und war auf das höchste erstaunt und angenehm überrascht, als die Bestohlene selbst ihr mitteilte, sie sei tatsächlich unschuldig. Die Sache habe sich auf eine ganz merkwürdige Weise aufgeklärt: Am genannten Tage sei, während die Kundin, welche den Zwanzigmarkschein in Zahlung gegeben hatte, gerade den Laden verließ, ein etwa zwölfjähriger Schüler in das Geschäft gestürmt und habe seinen Ball, der beim Spiel in den Laden gefloogen sei, vom Fußboden aufgehoben. Daß dieser kleine Vorfall irgendwie mit dem Schein zu tun haben könne, habe sie natürlich nie ahnen können. Tatsächlich habe der Schüler beim Aufheben des Balles auch den Zwanzigmarkschein, der beim Oeffnen der Ladentür durch die Zugluft auf den Teppich gefallen sei, mitaufgehoben und ihn zu Haus in einem Buche versteckt, wo ihn die Mutter des Schülers erst jetzt gefunden habe. Der Schein sei ihr nun von der Mutter überbracht worden. Auf Grund dieser Tatsachen ist sofort von Rechtsanwalt Dr. Puppe, der schon früher die lebhaftesten Bedenken gegen den sogenannten Schuldbeweis geltend gemacht hatte, der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und Freisprechung der unschuldig verurteilten Frau M. gestellt worden. Soweit ist alles ganz recht. Der erstaunte Leser wird nur mit Recht fragen, wie es möglich sein konnte, daß die Hauptbeteiligte — die unschuldig Verurteilte — sozusagen nur durch einen Zufall von der Aufklärung des „Diebstahls" erfuhr. Es wäre doch sozusagen Pflicht aller sonst beteiligten gewesen, die unschuldig Verurteilte schleunigst davon zu benachrichtigen. Schließlich hätte sie auch ihre 10 Tage noch absitzen können, hätte nicht ihr guter Geist sie zu der „Bestohlenen" geführt, um deren Unterschrift für ihr — Begnadigungsgesuch zu erbitten!

*

Eisenbahnunfall in Bayern. Würzburg, 22. Juli. (Amtliche Meldung.) Am Sonntag überfuhr der Durchgangsgüterzug 1923 das auf Halt stehende Einfahrtssignal der Station Laufach. Der Packwagen wurde zertrümmert. Die Wagenwärter Kiswald und Preuß und Lokomotivführer Geupp von Aschaffenburg wurden schwer, der Zugführer und eine Bremserin leicht verletzt. Der Betrieb wird aufrecht erhalten.

Letzte Nachrichten.

Bern, 21. Juli. Progres de Lyon meldet, daß im Arsenal von Pastres eine Reihe von Explosionen in einem Bomben- und Sprengstoffdepot stattgefunden habe. Nach der ersten Explosion wurde Anordnung auf Räumung der Stadt erteilt. Dank dieser Maßnahme sei die Zahl der Opfer, obwohl genau noch nicht bekannt, gering. Der Schaden in der Stadt ist sehr groß und erstreckt sich bis auf 10 Kilometer im Umkreis. Eine Explosion der Pulverlager und Hauptladestätte konnte bisher verhindert werden.

Washington, 21. Juli. (Reuter.) Der verlorene Panzerkreuzer heißt St. Diego. Er sank 10 Meilen von Fire Island. Die Ueberlebenden sind in Long Island gelandet.

Washington, 21. Juli. Der stellvertretende Marinesekretär erklärte, der am Freitag gesunkene Kreuzer sei anscheinend auf eine Mine gelaufen. Es seien mehrere Minen in der Nachbarschaft gefunden worden, dagegen sei kein Unterseeboot gesichtet worden. 48 Mann der Besatzung würden vermißt.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Butter. Von Donnerstag bis Sonnabend auf Abschnitt 30 der Fettkarte, jede Person 45 Gramm.

Mager- oder Buttermilch. Mittwoch, nachmittags von 2 Uhr an auf Abschnitt 10 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern John, Große Gosenstraße 17, Hinsche, Große Gosenstraße 21, Jäschke, Große Brunnenstraße 16 und Meinhardt, Große Brunnenstraße 36. Jede Person ½ Liter auf Nr. 53001—57000 der neuen Lebensmittelscheine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180723-19/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Wegen Pflasterarbeiten wird die Durchfahrt der Bugenhagenstraße nach der Röpziger Str. vom 21. Juli ab bis 8. August 1918 für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.

Halle, den 20. Juli 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Ungeachtet unserer öffentlichen Aufforderung vom 18. Mai 1918 ist innerhalb der gestellten Frist die Pflege hinsichtlich folgender auf dem Stadtgottesacker befindlicher Erbbegräbnisstellen nicht aufgenommen worden:

Nr. 1550 und 1551, verliehen am 27. Februar 1871 an Herrn Sanitätsrat Dr. med. Giebelhausen,

Nr. 265, verliehen am 19. September 1843 an Herrn Hofgerichtsrat Pfotenhauer,

Nr. 1388 und 1849, verliehen am 11. September 1869 bzw. 12. April 1879 an die Geschwister Pfotenhauer,

Nr. 483, 484, 485 und 486, verliehen am 30. April 1853 an Herrn Wundarzt Kautzsch und

Nr. 114, verliehen am 16. April 1832 an die Viktualienhändlerin Witwe Weber.

Die Grabstellen werden daher mit allem Zubehör zur Wiederbelegung eingezogen.

Halle, den 18. Juli 1918. Der Magistrat.

Hallischer Hausfrauenbund
Strumpfnäh-Lehrgang.
Anmeldung Gr. Steinstraße 161 von 9—12 und 4—6 Uhr und Rathausstraße 171 10—12 Uhr wochentäglich.
1386] Mitglieder Ermäßigung.

Maurer und Bauarbeiter gesucht.
1381] Schoenemann & Schwarz, Turmstraße 5

Soeben erschienen:
Der Mieterschutz
Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über
Einigungsämter, Zahlungsfristen Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz
von
Arbeitersekretär **Fritz Henek**
Preis **30** Pf., nach auswärts **40** Pf. gegen Voreinsendung.
Zu beziehen von der
Buchhandlung der Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Möbel
sind in großer Auswahl vorrätig. Wir haben kompl. Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, ferner einzelne Bettstellen mit Patentrahmen und dreiteiligen Auflegematratzen, Spiegel, Trumeaus, Schreibtische, Sessel etc., Federbetten, Plüschsofas.
Bequeme Zahlungsweise.
Eichmann & Co.
Größt. Waren- u. Möbel-Kredithaus
Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
Mundharmonikas
Mandolinen, Gitarren
Wiener Zieharmonikas.
Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern.

E. G. mit beschr. Haftpflicht zu Hohenmölsen.

Sonntag, den 11. August c., nachmittags 3 Uhr (neue Zeit) im Gasthof „Zum Löwen" zu Hohenmölsen

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht pro 3. Quartal 1917/1918.
2. Bericht über den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsum-Vereine und der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsum-Vereine zu Köln.
3. Wahl dreier Aufsichtsratsmitglieder.
4. Geschäftliches.

Hohenmölsen, den 15. Juli 1918.

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins Hohenmölsen-Teuchern.
E. G. mit beschr. Haftpflicht zu Hohenmölsen.
Robert Fischer, Vorsitzender.

Möbel auf Teilzahlung.
Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in
ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln. Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen m. Matratz., Sofas, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.
Kredit auch nach auswärts.
N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Vertretung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Markttaschen in Bast und Kunstleder 10.65 bis 1.25
Einkaufsbeutel aus Zellstoff in neuen Formen 4.38 bis 1.38
1295] **Marktnetze** verschiedene Größen 2.45 bis 1.88
Frühstückstaschen verschied. Größen 1.28 bis 48 Pf.
in großer Auswahl zu billigen Preisen
H. Elkan, Leipziger Str. 87

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Schuhe und Stiefel
werden bestellt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

1. Wie entferne ich den beißenden Tabakgeschmack? zugleich Anleitg. zum Beizen.
2. Selbstherst. v. Zigarren, Zigaretten, Kautabak usw. ohne Hilfsmittel.
3. Pflege d. angebaut. Tabakpflanzen und Verarbeiten zu Kauktabak.
4. Verarbeiten von Laub und Blüten zu Tabakersatz [1761
leichte Anleitgn., jede 90 Pf.
Beize für Tabak und Ersatz (ähnlich Varinasgeschmack) leicht 1.90 M., mittel 2.50 M., stark 2.90 M. Jede Packung reicht für 5 Pfund Tabak.
G. Weller, Röcrath (Rhld.)

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. Sol-, Kohlensäure- u. mit echter Schmiedeberger Eisensolerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigalleninsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

Dr. Ed. David M.d.R.:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Gründe als Weltverteilungskampfes. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Entstehung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1,— Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.
Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.
Von R. Drescher.
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Fahrräder
Nähmaschinen 30 M.
Großes Lager
gebr. Möbel:
Sofas, Bettfedern, kompl. Bettstellen, Vertikows 75 M., Kommoden und Kleiderschränke von 60 M. verkauft
R. Sachse
Hohenmölsen,
Lützner Str. 7.

Bad Wittekind.
Mittwoch, 24. Juli, abends 8 Uhr:
Konzert
vom [1384
Stadttheater-Orchester, unter Mitwirkung des Opernsängers Georg Westermagen, Mitglied d. Hallesch. Stadttheaters
Leitung: Kapellmeister Karl Nöhren.
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

Spielwaren
in großer Auswahl
zu billigen Preisen
1336] im Kaufhaus
H. Elkan,
Leipziger Straße 87.

Weißenfels.
Gasthof Roter Löwe.
Freundliches Familienlokal der Neustadt.
Empfiehlt täglich, auch außer dem Hause, vorzüglich gepflegtes [1377
Oettler-Lagerbier, hell, sowie Kulmbacher St. Petri, dunkel.

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 30 Pf., im Abonnement vierteljährlich 3.50 M., empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

In freien Stunden
Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Die Gleichheit
sozialdemokratische Frauenzeitung
eingetroffen.
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Schuhe
werden mit Lederflicken und Lederriemen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180723-19/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 167. Halle, Dienstag den 23. Juli 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 23. Juli 1918.

Reicher Steuersegen.

Bei der schnellen Entwertung des Geldes steigt sowohl die Zahl der zur Einkommensteuer pflichtigen Personen als auch der Ertrag dieser Steuer.

Im Jahre 1917 gab es in Preußen bei einer Einwohnerzahl von 40 681 568 Personen 7 130 655 Steuerzahler, das sind rund 17 v. H. Die Summe der eingehobenen Staatseinkommensteuer einschließlich der Zuschläge stieg von 444 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 586 Millionen Mark im Jahre 1917. Dabei ist zu bedenken, daß von den Kriegsteilnehmern die Einkommensteuern nicht eingehoben wurden. Von der im Jahre 1917 eingehobenen Summe entfielen auf die Städte 426 Millionen Mark und auf das Land 159 Millionen Mark. Im allgemeinen stieg in den Städten das Einkommen weniger stark als auf dem Lande. Im Durchschnitt hatte jeder Steuerzahler ein Einkommen von 2688 Mark. Unter den einzelnen Regierungsbezirken trug derjenige von Potsdam am meisten zur Steuer bei. Zu ihm gehören die reichen Berliner Vororte, besonders Charlottenburg, Grunewald und Wilmersdorf. Dieser Bezirk brachte allein 86 Millionen Mark auf. Dann folgt das Industriegebiet des Regierungsbezirks Düsseldorf mit 71 Millionen, weiter an dritter Stelle der Stadtkreis Berlin mit 51 Millionen. Am wenigsten erbrachten die Bezirke Osnabrück, Aurich und Gumbinnen mit je 3 Millionen. Allensteln und Stralsund mit je 2 Millionen.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Entwertung des Geldes und damit verbundene Steigerung der Einkommensummen des einzelnen eine erhebliche Verschärfung der Einkommensteuer bewirkt, — ohne daß eine Aenderung des Gesetzes vorgenommen zu werden brauchte!

---

* **Eine seltene Himmelserscheinung** wird am frühen Morgenhimmel des 27. Juli zu beobachten sein. Die beiden hellsten Planeten, Venus und Jupiter, werden außerordentlich nahe beisammen stehen. Ihre größte Annäherung oder „Konjunktion", fachmännisch gesprochen, findet zwar erst um 9,53 Uhr vormittags statt, zu einer Zeit also, wenn sie dem menschlichen Auge nicht erkennbar ist. Die Stellung der Planeten ist jedoch bereits während der vorangehenden Nacht für das bloße Auge dieselbe. Bei der Konjunktion steht die Venus nur wenig mehr als eine Vollmondbreite südlich vom Jupiter. Sehr nahe befinden sich die Planeten auch schon an den vorangehenden wie auch an den folgenden Tagen. Das wunderbar glänzende Doppelgestirn geht im Sternbild der Zwillinge morgens gegen 2 Uhr im Nordosten auf und strahlt dann etwa zwei Stunden lang bis in die helle Dämmerung. Bei diesem seltenen Himmelsereignis wird man also beide Planeten gleichzeitig im Gesichtsfeld eines nicht allzu starken vergrößernden Fernrohrs erblicken können.

* **Beginn der Hundstage.** Mit dem Uebertritt der Sonne aus dem Kalenderzeichen des „Krebses" in das des „Löwen" am 23. Juli beginnt die Zeit der Hundstage. Sie trägt ihren Namen von dem Hundssterne, Sirius, dem hellsten Sterne im Bilde des „Großen Hundes" und hellsten Fixsterne überhaupt. Dieser spielte nämlich, nach der „Astronomischen Zeitschrift", bei den alten Aegyptern eine große Rolle und wurde von den weisen Tempelpriestern schon der frühesten Zeit der Geschichte eifrig beobachtet. Sein Frühaufgang vor der Sonne, oder besser sein erstes Sichtbarwerden am frühen Morgenhimmel, fiel nämlich mit dem Beginn der Nilschwelle, von der ja das ganze Wohl und Wehe des Landes abhängt, zusammen. In der Hauptstadt Memphis geschah diese erste Erscheinung des Sopet oder Sopdet, griechisch Sothis, wie der Sirius damals hieß, am 19./20. Juli. Dieser Termin war also der Hundstag. Da sich der bewegliche bürgerliche ägyptische Kalender in je 4 Jahren um 1 Tag gegen den festen astronomischen Kalender verschob, dauert es 1460 Jahre, ehe der hellakische Sothis-Aufgang wieder auf denselben Tag fiel; diesen langen Zeitraum nannten die Alten eine Sothisperiode. Von den Griechen kam die Einrichtung der Hundstagszeit, die sie Opora (nach der Fruchtreife) benannten, und deren Dauer sie auf 4 Wochen festsetzten, zu den Römern und von diesen wieder zu uns. Auch die römischen, zuerst in Alexandrien ansässigen Astronomen gebrauchten für den Sirius — der Name Seirius ist griechisch — ebenfalls die Bezeichnung Hundsstern, Cunicula („Hündchen"), und im Althochdeutschen hieß er entsprechend der hunt, wovon wieder der „huntliche tac", Hundstag abgeleitet wurde. Die Hundstage läßt man nach alter Gepflogenheit am 23. August ihr Ende erreichen.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Es besteht die Möglichkeit, eine ganze Anzahl von Aeckern in der Cröllwitzer Flur und der Nachbarschaft von Lettin zu pachten. Diejenigen Personen, die in dieser Gegend Parzellen haben wollen, werden ersucht, sich bis spätestens 1. August auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, zu melden. Der für die Bewohner von Cröllwitz und Halle am günstigsten gelegene Acker befindet sich hinter dem Ochsenberg direkt an der Saale. Das Land ist vorzüglich und wird für längere Zeit abgegeben. 300 Quadratmeter werden ungefähr 9 M. kosten.

* **Das Verbot der Verfälterung von Nesselsteugeln** wird nicht genügend beachtet. Es wird deshalb erneut auf die Strafbarkeit aufmerksam gemacht. Die Nesseln werden auch vielfach mit dem Gras abgemäht. Sofern das nicht zu umgehen ist, werden die Besitzer ersucht, entweder die Nesseln selbst auszurufen und bei den Vertrauensleuten oder Sammelstellen abzugeben (28 M. pro Doppelzentner) oder das Auslesen durch Schulkinder zu gestatten. Auf jeden Fall müssen die Nesselstengel (mindestens 60 Zentimeter Höhe) der Fasergewinnung erhalten bleiben. Wenn es irgendmöglich ist, sollten die Nesseln jetzt noch stehen gelassen werden, um später gleichzeitig mit Stengeln und Blättern den reifen Samen durch abstreifen ernten zu können. Die Sammeltätigkeit muß auch während der Sommerferien stattfinden. Für die Stadt Halle ist eine Sammelstelle bei A. Samuel, Alter Markt 7, errichtet.

* **Wegen der Zusammenlegung der Bäckereibetriebe** ist der Zentralverband der Bäcker mit folgendem Gesuch an den hiesigen Magistrat herangetreten: Das Reichswirtschaftsamt hat in einem Rundschreiben an sämtliche Bundesregierungen darauf hingewiesen, daß die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe in umfangreicherem Maße vor sich zu gehen hat, als das bisher geschehen ist. In diesem Rundschreiben ist auch darauf hingewiesen worden, daß den berufenen Vertretern der in den Bäckereien beschäftigten Arbeitern bei allen Zusammenlegungen von Bäckereien Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern, um die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Endesunterzeichneter, als Vertreter der hiesigen Gesellenorganisation (Verband der Bäcker und Konditoren), bittet, auf Grund des zugestandenen Rechtes, bei Beratung über Zusammenlegung von Bäckereibetrieben, mit hinzugezogen zu werden. (Folgt Name.)

* **Beschränkungen im Drucksachenversand nach dem Ausland.** Druckschriften dürfen nach dem Ausland und den besetzten Gebieten vom 1. September an nicht mehr mit der Post von Privatpersonen verschickt werden. Privatpersonen dürfen sie auch nicht den Versendungsberechtigten zum Versand übergeben. Aus militärischen Rücksichten hat der Reichskanzler die Verschickung nur durch Firmen erlaubt, wenn diese zur Auslieferung bei bestimmten Postämtern zugelassen sind. Zugelassen werden können Drucker für die von ihnen gedruckten, und Verleger für die von ihnen verlegten Druckschriften, Buchhändler für die Druckschriften, die sie ihrem Lager entnommen oder im Buchhandelswege beziehen. Eingetragene Firmen können jene Drucksachen verschicken, die ihren Geschäftsbetrieb betreffen. Die Zulassung wird von dem zuständigen Militärbefehlshaber erteilt. Dieser bezeichnet auch das Postamt für die Auslieferung. Die Militärbefehlshaber können Ausnahmen bewilligen. Die Feldpost und der Postbezug von Zeitungen bleiben unverändert. Das Reichspostamt hat die Postanstalten angewiesen, verdorbene Sendungen aus den Briefkästen den Absendern zurückzugeben. Die zugelassenen Firmen können die Sendungen mit Firmenstempel oder Firmenaufdruck kenntlich machen.

* **Die Heizung der Eisenbahnzüge im kommenden Winter** wird jetzt schon an den maßgebenden Stellen eingehend beraten. Bekanntlich konnten im Vorjahre die Züge im allgemeinen nicht geheizt werden, weil neben dem Kohlenmangel die Beschaffung neuer Heizschläuche, deren Hauptbestandteil Gummi ist, mit Schwierigkeiten verbunden war. Diesem Mangel an Heiz- und Bemsschläuchen ist nunmehr nach vielfachen Versuchen mit Ersatzstoffen abgeholfen worden. Trotzdem wird aber die Heizung der Züge im nächsten Winter nicht im erweiterten Maße stattfinden. Nur Fernzüge werden wieder geheizt werden; zu diesen rechnen alle Schnell- und Eilzüge sowie jene Personenzüge, die nicht dem Nahverkehr dienen, und Züge, die im allgemeinen länger als zwei Stunden unterwegs sind.

* **Vorverkauf von Eisenbahnfahrkarten.** Es besteht vielfach die Ansicht, daß bei den Fahrkartenausgaben auf den Bahnhöfen Fahrkarten nicht im voraus gelöst werden können. Dies ist nicht zutreffend. Durch die mehrtägige Gültigkeit der Fahrkarten (im allgemeinen drei Tage) ist es möglich, auch dort die Fahrkarten zu kaufen. Diese werden aber mit dem Datum des Lösungstages abgestempelt und müssen innerhalb der Geltungsdauer abgefahren werden.

* **In der Talamischule** wird bis auf weiteres Wochentags vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr, Sonnabends von 8 bis 1 Uhr verkauft: Mohrrüben-Dörrgemüse, das Pfund 2 M., Kohlrüben-Dörrgemüse, das Pfund 1 M., Fleischextrakt-Ersatz, Marke Adam, die Büchse 2 M., Deutscher Extrakt, Marke Rind, die Büchse 3 M., Knochenbrühwürfel, Stück 3 Pf., Kaffee-Ersatz, das Pfund 3 M., Backpulver, das Paket 10 Pf. Auch stehen Kartons in verschiedenen Größen zum Verkauf.

* **Gegen Trinkzwang und Trinksitten in studentischen Kreisen** wendet sich in einem Aufruf Prof. Dr. Abderhalden, der durch die Korrespondenz des Ev.-Soz. Preßverbandes verbreitet wird. Darin heißt es: „Eine schwere Geißel für die Volksgesundheit bedeuten die Geschlechtskrankheiten. Sie schädigen jahraus und jahrein die Zukunft Tausender und werfen tiefe Schatten auf manches Familienglück. Alle Einsichtigen sind an der Arbeit um hier Hilfe zu schaffen. Im engsten Zusammenhang mit der Vermittlung der Geschlechtskrankheiten stehen die Trinksitten. Der Zwang, alkoholische Getränke entgegen jeden Bedürfnisses, ausschließlich einem bestimmten Komment zuliebe, aufzunehmen, ist des deutschen Volkes unwürdig. Man mag sich zur Frage des Genusses alkoholischer Getränke von seiten Erwachsener stellen wie man will, in einem Punkte herrscht bei allen vorurteilslos Denkenden nur eine Meinung: Die Trinksitten und der damit verbundene Trinkzwang müssen verschwinden. Sie sind studentischen Kreisen entsprungen und immer mehr auf alle möglichen Berufsklassen übergegangen. Wir wollen allen jungen Leuten wahre Freiheit geben. Sie sollen auf eigenen Füßen stehen und mit klaren Blicken ihre Zukunft schaffen. Für gar manchen hoffnungsvollen Jüngling sind die Trinksitten der Ausgangspunkt schwerer Leiden geworden. Trinksitten unterjochen manchen in seinem Charakter nicht Abgeklärten und nehmen ihm seine innere Festigkeit. Vor allem sind Entgleisungen sittlicher Art gar oft in unmittelbarem Zusammenhang mit einer unter den drakonischen Gesetzen eines Trinkzwanges stehenden Trinkplage entstanden. Streben wir an Stelle der Trinkfestigkeit durch freie Pflege des Körpers und Geistes nach Charakterfestigkeit. Neue Taten erfordern einen neuen Geist! Heraus aus den Kneipen, heraus aus den Trinksitten und dem unwürdigen Trinkzwang in das freie, sonnige Leben!"

* **Alle über 15 Jahre alten Ausländer** — einschl. die Angehörigen verbündeter Staaten — haben sich binnen 24 Stunden nach ihrer Ankunft in oder vor ihrer Abreise von Halle unter Vorlegung ihres Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises bei der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 52, persönlich an- oder abzumelden. Diese Meldungen sind auch dann erforderlich, wenn sich ein Ausländer nur vorübergehend in der hiesigen Stadt aufhält oder diese verläßt. Jedermann, der einen Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich in seiner Behausung oder in seinen gewerblichen Räumen (Gasthäusern, Fremdenheimen usw.) aufnimmt, ist verpflichtet, sich über die Erfüllung der Anmeldepflicht spätestens 24 Stunden nach seiner Aufnahme zu vergewissern und im Falle der Nichterfüllung sofort der Polizeiverwaltung davon Mitteilung zu machen. Durch diese Bestimmungen werden die Vorschriften der Polizeiverordnung über das Meldewesen nicht berührt.

* **2100 Mark verloren.** Einen großen Verlust erlitt am Montag morgen in der Rathausstraße eine Frau, der dort 2100 M. abhanden kamen. Wie aus einer Anzeige hervorgeht, sind auf Wiedererlangung der Summe 500 M. Belohnung ausgesetzt worden.

* **Gepäckdiebstahl.** Am Mittwoch ist durch eine unbekannte Frau bei der Gepäckabfertigung des Hauptbahnhofes auf einen von einem Laufburschen verlorenen Gepäckschein ein größerer Reisekorb (Weidengeflecht) abgehoben worden. Der Inhalt des Korbes bestand aus Damen- und Kindersachen sowie Wäsche. Eine

---

Handel und Wandel.

91] Von F. W. Hackländer.

„Hier entstand eine neue Pause, und als hätte ich durch die Tür blicken können, so hatte ich vor meinem inneren Auge das Gesicht des Buchhalters und sah, wie er bei diesen Worten das Mädchen mißtrauisch anschaute. Doch hörte ich ihn jetzt lachen und sagen: „Sie könnten die Absicht haben, mein Fräulein, das, was ich Ihnen jetzt sagen werde, der Prinzipalin zu entdecken, aber ich fürchte das nicht, es wird Ihnen nichts helfen, meinem Wort, dem erprobten, glaubt Madame Stieglitz unbedingt."

„Ich weiß es," seufzte das Mädchen.

„Also hören Sie mich: Es fällt mir heute nacht plötzlich ein, daß jener Brief — er trägt, wie Sie nicht vergessen müssen, kein Datum, Ihr Vetter hat das übersehen — daß dieser Brief von der Prinzipalin, wenn auch vor längerer Zeit, wirklich geschrieben wurde; die alte Frau hat das vergessen, ich aber versichere, daß dem so sei. Dies Schreiben nun sollte damals nicht abgehen, und wurde von mir auf die Seite gelegt, kam zufällig auf das Pult unter die anderen Papiere und wurde unschuldigerweise expediert. Ihr Vetter hat das Geld geholt, hat es verloren, aber es findet sich natürlicherweise wieder."

„Und Sie glauben," antwortete Emma rasch, „das es sich wirklich wiederfinden wird?"

„Sie müssen mich verstehen," antwortete der Buchhalter, „das Geld, das Ihr Vetter wahrscheinlich zu seinen Zwecken verbraucht hat, läßt sich allerdings nicht wiederfinden, aber fünfhundert Taler sind fünfhundert Taler, und obgleich schon eine bedeutende Summe an und für sich, ist es doch ein geringes Opfer, um in den Besitz dieser kleinen Hand zu kommen."

Es trat wieder eine Pause ein, dann sprach das Mädchen, und wie es schien, ängstlich: „Lassen Sie meine Hand, o lassen Sie meine Hand!"

„Bedenken Sie, Emma, sagte er zudringlicher, „geben Sie mir eine Antwort!"

„O nie, nie," rief das Mädchen in Weinen ausbrechend, „mein Vetter ist unschuldig, und Gott im Himmel wird schon dafür sorgen, daß diese Unschuld an den Tag kommt."

„Allerdings," hohnlachte der Buchhalter, „und Sie sehen, daß in diesem Augenblicke der höchste Herr des Himmels mich, seiner Schutzling und Begnadigten, zu Ihnen schickt, um Ihren Vetter zu retten, aber weisen Sie diese Hilfe nicht zurück, reichen Sie mir Ihre Hand, oder Gott wird die seinige von Ihnen abziehen."

„Das ist ganz unmöglich, ganz unmöglich," entgegnete das Mädchen, „o, wie kann das möglich sein, ein ganzes, langes, verlorenes Leben!"

„An meiner Seite," ergänzte Herr Specht, „nun freilich, es ist viel angenehmer, seinen Anverwandten ein langes Leben, mit Schmach und Unehre beladen, dahinschleppen zu sehen."

„O, wenn Sie ein Mensch sind," sagte das Mädchen laut weinend, „wenn Sie menschlich fühlen, so retten Sie meinen Vetter um der Barmherzigkeit Gottes willen und nicht um Lohn; ich kann nicht tun, was Sie verlangen."

„Weiß Sie selbst Ihren Vetter lieben," sagte der schreckliche Mensch kalt. Mein Herz stand still, es wollte nicht mehr schlagen, bevor sie antwortete; doch diese Antwort, ein ängstliches: „Nein, nein!" hallte schmerzlich und dröhnend in mir wieder. Genug der Qual! dachte ich, hinein in das Zimmer und ihm ins Gesicht gesagt, daß ich lieber tausendmal jene Schuld auf mir behalten wolle, als das arme Mädchen nur einen Augenblick länger martern zu lassen! Doch kamen jetzt Worte aus dem Munde des Buchhalters, die mich für einen Augenblick förmlich an den Boden bannten. „Wenn also," sagte er in kleinen Pausen, „ein langes Leben an meiner Seite Ihnen schrecklich erscheint, so hören Sie dagegen das Bekenntnis meiner heißen, leidenschaftlichen Liebe zu Ihnen. Ihre Gegenwart, Ihr Anblick reißt mich auf, und die Kälte und Gleichgültigkeit, mit der ich Ihnen gegenüber erscheinen muß, bringt mich zum Wahnsinn; ich fühle eine verzehrende Glut, wenn Sie ins Zimmer treten. Ihr Fußtritt hinterläßt für mich glühende Spuren, die ich küssen möchte; das Rauschen Ihres Kleides weckt eine wilde Lust in mir, die ich nicht mehr zu bändigen vermag. Hier liege ich zu Ihren Füßen, Emma, und flehe Sie an, wenn es Ihnen auch unmöglich erscheint, ein langes Leben mit mir vereint zu sein, ich bin ja genügsam, o, so schenken Sie mir einen einzigen Augenblick Ihre Liebe, begnadigen Sie mich durch eine kleine Stunde, seien Sie mir einen seligen Augenblick alles, was ein Wesen dem andern sein kann — heute nacht —"

Ich riß an dem Schloß der Tür, und da von innen der Nachtriegel vorgeschoben war, so sprengte ich ihn, indem ich mich gegen die Tür warf und stürzte in das Gemach.

— — — — — —

Emma flog auf mich zu und klammerte sich an mich mit einer wilden Angst, welche die rasenden, für sie nicht ganz verständlichen Worte des Heuchlers in mir erregt; er sprang auf, als er mich bemerkte, seine Augen rollten wie die eines Wahnsinnigen, sein Mund schäumte, und so trat er mir entgegen. Ich stieß das Mädchen auf einen Stuhl niedergleiten, faßte ihn an der Brust und warf ihn mit solcher Kraft von mir, daß er in der Mitte des Zimmers zusammenstürzte. Im gleichen Augenblick öffnete sich die Stubentür und die Prinzipalin, Madame Stieglitz stand draußen auf dem Gange. Ich war mit meiner Kousine beschäftigt, tröstete sie, so gut ich konnte, und bemerkte die Frau draußen im ersten ugenblick nicht; als ich aber aufschaute, stand der Buchhalter neben ihr, hatte die Hände gefaltet und sagte: „So geht es den Gerechten in diesem Hause! O Frau Prinzipalin, was hat sich unter diesem christlichen, gottgefälligen Dach ereignet!"

Madame Stieglitz trat einen Schritt vorwärts und die große majestätische Gestalt der alten Frau war, wie sie mit aufgehobener Hand dastand, wahrhaft erschreckend. Ihr Auge blickte zornig auf mich und ihre Lippe bebte.

„Dank sei dem Höchsten," fuhr der Heuchler fort, „daß ich das Opfer der Wut jenes Menschen wurde. Gott, wenn ich mir denke, daß Sie, hochgeehrte Frau, diesen fünfhundertfachen Paar überrascht hätten, und daß Ihnen vielleicht das Gleiche geschehen wäre! Der Herr verzeihe ihnen," sagte er und blickte starr zur Decke, „verzeihen auch Sie!"

Emma hatte sich am Stuhle aufgerichtet, und ich hatte sie unterstützt, indem ich meinen Arm um ihren Leib legte. So war die Stellung, in der uns Madame Stieglitz überraschte — die Tür von meinem Zimmer in das des Mädchens war geöffnet, der Buchhalter klagte uns an — — —

Es schien, als ob die alte Frau etwas sagen wollte, aber die Stimme versagte ihr, sie schlug beide Hände vors Gesicht, wandte sich um und ging langsam die Treppe hinab.

Es dauerte ein paar Sekunden, ehe Emma das neue Schreckliche begriff, das hier vorgefallen; dann aber riß sie sich von mir los, eilte an ihren Schreibtisch, warf in wilder Hast die Papiere heraus, bis sie gefunden, was sie suchte: es war ein versiegeltes Kuvert, sie hob es hoch empor und stürzte mit dem Ausruf: „Gott wird helfen:" die Treppen hinab. Der Herr Specht und ich standen uns gegenüber und blickten uns ernst und fürchterlich an. Ich glaubte, wir haßten uns beide gleich heftig, und waren beide im Begriff, übereinander herzufallen, um zu versuchen, wer imstande sei, den anderen zu erwürgen. Das dauerte aber nur ein paar Sekunden, dann zog er sich rückwärts schreitend langsam zurück, ohne mit seinen Augen meinen Blick fahren zu lassen; ich folgte ihm ebenso, doch als er seine Stube erreicht, sprang er mit einem großen Satze hinein und verriegelte die Tür hinter sich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180723-19/fragment/page=0005

Belohnung von 100 M. wird von der Geschädigten demjenigen zugesichert, der Mitteilungen, die zur Wiederherbeischaffung der Sachen und Namhaftmachung der Diebin dienen können, machen kann. Mitteilungen hierüber werden bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, entgegengenommen.

Aus der Provinz.

Grundstückschacher.

Zu Millionen werden fortgesetzt die Kriegsgewinne in Grundbesitz angelegt. Man sucht mit weitschauendem Blicke das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden: den Erwerb der Rechte des Selbstversorgers mit der Spekulation auf geräuschloses Umwerten steuerbarer Werte.

Die Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes" ist während des Krieges besonders in Westfalen stark vorgeschritten, ja sie hat dort Formen angenommen, die die Besitzenden des Anerbenrechts aufschauen ließen und sie veranlaßten, nun ihrerseits gegen die hier zutage getretene Tendenz mobil zu machen. Denn sie haben es sehr wohl herausgefunden, daß diese Grundbewegung ihren Interessen schnurstracks zuwiderläuft, ihre Ueberlieferungen diskreditiert. Rechtsanwalt Dr. Reineke in Münster, der Anwalt des Westfälischen Bauernvereins, hat jetzt die Angelegenheit in einem Heftchen behandelt, das auf den besonderen Bedarf dieser Vereinigung zugeschnitten ist.

In der Provinz Westfalen haben danach in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 234 Höfe in der Größe von 60 bis 400 Morgen ihren Eigentümer gewechselt! Auf größere und kleine Besitzungen sowie auf Stückländereien hat sich die Feststellung nicht erstreckt. Eigentumswechsel innerhalb der Familie sind ebenfalls nicht berücksichtigt. Der Industrie fielen 43 Höfe, den Städten zwei Höfe zu. Nichtlandwirte haben 84 Höfe erworben, und Berufslandwirte im ganzen 98 Höfe. Eine große Anzahl der Höfe ist aufgeteilt worden, 17 Höfe sind zertrümmert.

Aus diesen Zahlen geht zunächst hervor, daß die Bewegung des ländlichen Grundbesitzes recht erheblich ist und daß bei lockendem Gewinn aller Familiensinn nicht davon abzuhalten vermag, Grundbesitz wegzuschlagen, auch an Leute, die nichts von der Landwirtschaft verstehen und denen der bare Eigennutz an der Stirn geschrieben steht. Grundfragen werden nach diesem Krieg eine sehr bedeutende Rolle spielen. Wir erwarten und erhoffen gerade in dieser Hinsicht einschneidende Reformen, die jede Willkür mit diesem Lebensgut der Heimat ausschließen. Von diesem Standpunkt aus muß es besonders bedauert werden, daß nur in zwei Fällen ein Hof an eine Gemeinde gefallen ist. Die Gemeindeverwaltungen hätten in diesen Zeiten eigentlich mehr als ausreichende Gelegenheit gehabt, zu erkennen, wie wichtig der Besitz umfangreicher Ländereien ist, und von privaten Kapitalisten hätte man sich da in den meisten Fällen nicht zu überkrumpfen lassen brauchen.

Beschämend ist es, daß 84 Nichtlandwirte ländliche Besitzungen erwerben konnten. Es wäre einer genauen Prüfung wert, auf welche Weise die Nichtlandwirte denn nun ihren neuen Besitz ausnutzen.

Wenn dem angestammten Grundbesitz die Rücksicht auf das Gemeinwohl noch etwas gilt, dann müßte auch er dahin wirken, daß derartige Möglichkeiten, wie diese hier, vollständig ausgeschaltet werden. Durch den Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens und durch Verbindungen mit den Gemeinden wäre es möglich, den landwirtschaftlich nutzbaren Grund und Boden einer Entwicklung zuzuführen, die das Spekulantentum in jeder Form ausschließt.

•

Krankenkassenverband Sachsen-Anhalt.

Quedlinburg, 21. Juli.

Im Gesellschaftshaus „Zur Rose" in Quedlinburg tagte am Sonntag und Montag der 15. **Verbandstag des Verbandes der Krankenkassen** im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. In der Berichterstattung über die Tätigkeit des Vorstandes verwies der Verbandsvorsitzende Drechsler-Magdeburg darauf, daß die Krankenkassen fast ausnahmslos infolge des Krieges in schwere Finanzkalamitäten geraten sind. Die wachsende Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung und die ungerechtfertigte Belastung der Krankenkassen mit mancherlei Fürsorge für die Kriegsbeschädigten vor allen Dingen hätten Zustände gezeitigt, die es, wenn es sich so weiter entwickele, den Kassen unmöglich machen werde, auch nur die gesetzlichen Regelleistungen in Zukunft zu erfüllen, sofern sich nicht schließlich die Regierung zur Leistung finanzieller Beihilfen bereit finde. Dem Verbande gehören zur Zeit 66 Krankenkassen mit 316 768 Versicherten an gegen 44 Kassen mit rund 215 000 Versicherten im Vorjahre, so daß ein Wachstum in dem beträchtlichen Umfang von 50 Prozent zu verzeichnen ist. Es stehen aber trotzdem noch 99 Krankenkassen im Bezirk dem Verbande fern. Die Tätigkeit des Vorstandes und der geschäftsführenden Kasse habe außerordentlich an Umfang zugenommen, so daß ernstlich die Anstellung eines festbesoldeten Verbandssekretärs in Erwägung gezogen werden müsse. Besonders viel Arbeit habe die erstmalige Aufnahme einer Krankenstatistik verursacht, die, solle sie wirklich Wert haben, viel vollständiger sein müsse, als sie beim erstenmal sein konnte. Auf die tüchtige Mitarbeit der einzelnen Kassen werde dabei auch unter allen Umständen gedrängt werden müssen. Gegen Schluß seines eingehenden Berichtes streifte Redner dann noch kurz die für den Ablauf der Verträge mit den Aerzten in Aussicht stehenden hohen Forderungen der Aerzte, die stellenweise bis zu 100 Prozent Zuschlag zu den jetzigen Sätzen der Gebührenordnung verlangt haben.

Den Bericht der rechnungprüfenden Kasse erstattete Knöller-Magdeburg. Er beantragte, dem Vorstand und dem Kassenführer Entlastung zu erteilen.

Die Debatte drehte sich vornehmlich um die Frage der Anstellung eines besoldeten Verbandssekretärs, die man indessen allgemein als zur Zeit nicht angebracht bezeichnete. Auch die Krankenstatistik wurde in den Bereich der Erörterungen gezogen und der hohe Vergleichswert einer guten Statistik hervorgehoben. Dem Antrage auf Entlastung wurde einstimmig Folge gegeben, während der Vorstand von seinem Wunsch auf Anstellung eines Sekretärs einstweilen Abstand nahm.

Der Geschäftsführer des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen, Lehmann-Dresden, hielt dann einen Vortrag über **„Die Teuerungsforderungen der Aerzte und die neuen Arztverträge"**. Er teilte mit, daß für die Erneuerung der in 75 Prozent aller Fälle mit Ende dieses Jahres ablaufenden Verträge der Krankenkassen mit den Aerzten von diesen im Durchschnitt eine Erhöhung der jetzigen Gebührensätze um 50 Prozent gefordert werde, sowohl für die Einzelleistungen als auch für die Pauschalsätze. Die Beschlüsse des Leipziger Aerzteverbandes seien in einer Geheimtagung gefaßt worden und in einem derart provozierenden Tone gehalten, daß man annehmen müsse, die Aerzte wollten es unter allen Umständen auf einen Kampf ankommen lassen, in der Hoffnung, dabei besser ihre Rechnung zu finden. Die Krankenkassen wollen keinen Kampf um des Kampfes willen. Sie sind bereit, gerechtfertigte Forderungen zu erfüllen, aber was die Aerzte fordern, ist nicht gerechtfertigt. Die Kassenärzte haben aus der Kassenpraxis im Durchschnitt ein Einkommen von 7000 bis 8000 M. jährlich, was gewiß nicht wenig ist. Freilich gebe es auch sogenannte „Kassenlöwen", die 20 000, 30 000, ja 60 000 M. im Jahre mit ihrer Kassenpraxis verdienen. Von einer Notlage der Aerzte könne jedenfalls nicht gerede werden, und wenn sie selber den Grundsatz aufgestellt hätten, daß die Entschädigung den Leistungen entsprechen müsse, so könne man dem nur zustimmen, in nicht wenigen Fällen würden dann freilich die Aerzte mindestens die Hälfte ihres Honorars von Rechts wegen wieder herauszahlen müssen. Ein vom Aerzteverband beantragtes neuer Mustervertrag setze fast nur Pflichten der Kassen und Rechte der Aerzte vor. Einem solchen Vertrage zuzustimmen, müsse er dringend warnen. Niemand wolle, daß ein so notwendiger und geistig hochstehender Berufsstand wie der der Aerzte mit Nahrungssorgen zu kämpfen habe. Unter Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Aerzte werde der Hauptverband der Ortskrankenkassen Deutschlands deshalb seinerseits demnächst einen Mustervertrag veröffentlichen, dessen Annahme durchzusetzen versucht werden müsse. Redner schloß mit der Aufforderung an die Kassenvertreter, bei den kommenden Verhandlungen ruhig Blut zu bewahren und sorgfältig abzuwägen, wie weit die Krankenkassen gehen könnten.

Der Vortrag wurde debattelos zur Kenntnis genommen, und der Vorsitzende konstatierte, daß der Verbandstag mit den Ausführungen des Redners einverstanden sei. —

Merseburg. Die städtische Molkerei eröffnet nunmehr ihren Betrieb. Dem Unternehmen sind 47 Gemeinden und Güter mit 513 Kuhhaltungen und 1727 Stück Milchkühen angeschlossen, sodaß zu hoffen ist, daß nicht nur die benötigte Frischmilch, sondern auch Speisequark, Buttermilch und Magermilch an die Einwohnerschaft Merseburgs abgegeben werden kann, trotzdem der Eigenbedarf einzelner Gemeinden mit starker Industriebevölkerung ein großer ist.

— Die Ausgabe des neuen Stadtgeldes wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die 50-Pfennig-Scheine neuer Herstellung sind, worauf besonders aufmerksam gemacht wird, im Interesse der besseren Kenntlichmachung in blauer Farbe gedruckt worden. Gleichzeitig sei zur Kenntnis gebracht, daß die Gültigkeitsdauer des bisherigen Notgeldes bis 31. Dezember 1919 verlängert ist. Die Ausgabe des neuen Notgeldes erfolgt bereits jetzt, um das unangenehmlich gewordene Notgeld möglichst bald aus dem öffentlichen Verkehr zurückzuziehen.

— Aufgedeckter Schleichhandel. Ein auf der Fahrt von den Leunawerken nach Goslar begriffener Rollwagen wurde in Helbra von der Polizei angehalten und untersucht, wobei herausstellte, daß er neben Umzugsgut u. a. noch Kleidungsstücke, Wein, Zigarren, Kaffee, Gewürz, Pfeffer, Kümmel, Kuchen, Schrot, Seife usw. im Werte von 50- bis 60 000 M. enthielt, von denen man annimmt, daß es sich um Schleichhandel handelt. Die gesamte Ladung wurde zur näheren Untersuchung nach dem Amtsbureau gebracht.

Weißenfels. Ueber das Bauprojekt, das jetzt von den Stadtverordneten genehmigt worden ist, läßt sich die Magistratsvorlage folgendermaßen aus: Um einer, wie fast überall im Deutschen Reiche, auch in Weißenfels drohenden Wohnungsnot rechtzeitig zu begegnen, haben Besprechungen zwischen der „Siedlungsgesellschaft Sachsenland", Stadt- und Landkreis Weißenfels und „Leipziger Treuhandbank, A.-G.", stattgefunden, welche nunmehr soweit gediehen sind, daß der Einberufung der Gründungsversammlung nichts im Wege steht. Es ist die Gründung einer örtlichen Kleinsiedlungsgesellschaft für den Stadt- und Landkreis Weißenfels als G. m. b. H. geplant. Als Hauptgesellschafter beteiligen sich zunächst: „Siedlungsgesellschaft Sachsenland", Stadt Weißenfels und Landkreis Weißenfels. Ferner hat die deutsche landwirtschaftliche Treuhandbank, A.-G. in Leipzig, sich entschlossen, ihre zwischen Zeitzer Straße und Schützenstraße hinter dem Bauarbeitergarten (Schloßgarten) liegenden Terrains für die Siedlung zur Verfügung zu stellen. Aus dem Stadtkreise Weißenfels haben sich ferner neun größere Werke und Firmen bereit erklärt, sich finanziell an dieser Kleinsiedlungsgesellschaft zu beteiligen, zum Teil mit Beiträgen von 10 000 M. Die Beteiligung von Firmen und industriellen Werken aus dem Landkreise ist noch nicht bekannt. Die Höhe der Beteiligung der drei Hauptgesellschafter ist zunächst angenommen: „Siedlungsgesellschaft Sachsenland" mit 30 000 M., Stadtkreis Weißenfels mit 60 000 M., Landkreis Weißenfels mit 60 000 M. Die Aufgabe der Kleinsiedlungsgesellschaft ist die Schaffung möglichst zahlreicher Heimstätten mit mindestens einem halben Morgen Land im Stadt- und Landkreis für Krieger, Arbeiter, kleine Beamte, Gewerbetreibende usw. Das Bedürfnis zur Schaffung solcher Kleinsiedlungen liegt schon jetzt vor. Dringender wird diese Notwendigkeit, wenn nach allgemeinem Friedensschluß die zahlreichen Krieger in ihre Heimat zurückkehren, unter denen eine große Anzahl neue Familien sich gegründet haben. Wesentlich aber ist, daß die deutsche Industrie das Bestreben haben wird, sich im Herzen der Monarchie anzusiedeln, besonders dort, wo die notwendigen Kohlen verhältnismäßig leicht zu haben sind. Schon jetzt ist in der Nähe des Leunawerk errichtet, dem andere Werke im Laufe der Jahre folgen werden. Es handelt sich also darum, nicht nur Kriegsbeschädigte anzusiedeln, sondern auch Landarbeiter, gewerbliche Arbeiter, Handwerker, Beamte und Angestellte. Die Stellen sollen so eingerichtet werden, daß die Besitzer darauf angewiesen sind, ihre Hauptbeschäftigung in nahegelegenen Orten, großen Werken, Fabriken und auf großen Gütern suchen zu müssen. Der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und von Kriegerwitwen ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei Vergebung der Stellen sind diese und kinderreiche Familien in erster Linie zu berücksichtigen. Die Stellen werden in der Regel als Rentengüter vergeben. Sie werden zu Eigentum übertragen, wobei der Erwerber eine Anzahlung von mindestens 10 Prozent des Gesamtpreises zu leisten hat. Der Rest wird durch Tilgungsrente abgetragen. — Für Weißenfels ist das Gelände unter dem Schloßgarten für die Siedlung vorgesehen. Wann gebaut werden kann, ist noch fraglich; in diesem Jahre kaum. Aber man hofft, im Laufe des Winters Material beschaffen zu können. In Zeitungsaufsätzen und öffentlichen Versammlungen soll dann die Siedlungs- und Baufrage noch eingehend besprochen und durch Modelle erläutert werden. Je mehr Häuser auf einmal gebaut werden, desto billiger ist es. Für die Bauten wird grundsätzlich das heimische Gewerbe in erster Linie herangezogen.

Naumburg. 6 Pfund Kartoffeln. In der Woche vom 22. bis 28. Juli dürfen auf Marke 3 der gültigen Kartoffelkarte sowie auf Urlaubermarken 6 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Die Verwendung anderer Kartoffelmarken, insbesondere der Marken 1 und 2, bleibt verboten.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 22. bis 28. Juli gelangen zur Verteilung: Auf Eierkarte vom 22. Juli bis 4. August ein Ei, Preis 34 Pf., am Mittwoch in den durch Aushang kenntlichen Geschäften. Auf Lebensmittelmarken: Nr. 173. 100 Gramm Graupen, Preis 8 Pf. am Donnerstag dort, wo die Ware bestellt ist. Nr. 174: 1 Pfund Gemüse-Konserven zu den an den Dosen befindlichen Kleinhandelspreisen am Sonnabend in den meisten Geschäften. Auf Brotaufstrichkarte, Abschnitt 33 200 Gramm Marmelade, Preis 37 Pf. am Freitag in den durch Aushang kenntlichen Geschäften.

— Abgefaßt wurde hier der Handelsmann Schieniger aus Leutzsch bei Leipzig. Er hatte in seinem Besitz 1 Zentner frisches Rindfleisch, 1 Rindshaut, 1 Rinderkopf und 4 Rindfüße. Das Fleisch usw. will er auf dem Bahnhof Scheiplitz bei Stößen von einem Unbekannten gekauft haben. Es wird vermutet, daß das Fleisch von einem Diebstahl herrührt.

Wittenberg. Abgefaßter Schleichhändler. Auf der Pratauer Chaussee wurde ein Handelsmann von hier abgefaßt, als er auf seinem Wagen 4 Zentner Fleisch, das jedenfalls aus einer Geheimschlächterei stammt, nach hier einschmuggeln wollte.

— Einbruchsdiebstahl. Von einem bisher noch nicht ermittelten Täter, der aber offensichtlich sehr genau Bescheid gewußt haben muß, ist in einen Keller der Heubnerstraße eingebrochen worden, bei dem dem Diebe eine größere Menge Lebensmittel in die Hände fielen.

— Aufgeklärt. Am Mai d. J. wurden einer hier wohnenden Arbeiterin 4 Stück Kriegsanleihen zu je 200 M. gestohlen. Jetzt ist es gelungen, als den Täter einen in der Katharinenstraße wohnenden Arbeiter zu ermitteln, der auch bereits eingestanden hat, die Stücke bei der Dresdner Bank in Leipzig verkauft zu haben. — Bei einem Diebstahl in Halle wurde die Arbeiterin Helene Becker abgefaßt und festgenommen. Bei dem Verhör gab sie an, anfangs Juli zwei hier in der Neustraße wohnenden Arbeiterinnen aus einem verschlossen gewesenen Schrank, den sie mittelst Nachschlüssels geöffnet hatte, Kleidungsstücke im Werte von 340 Mark, und außerdem noch der Logiswirtin eine größere Menge Lebensmittel gestohlen zu haben. — Vor längerer Zeit wurden bei dem Gemüsegärtner Blumenthal in der kleinen Brunnstraße mehrere Kaninchen gestohlen. Jetzt ist es der Polizei gelungen, als den Dieb den Coswigerstraße 21 wohnenden Arbeiter Karl Füßel zu ermitteln.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917.

J. K. Die Statistische Beilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission bringt eine Uebersicht über die deutschen Gewerkschaftskartelle im verflossenen Jahr. Die Zahl der im Bericht einbezogenen Kartelle hat auch im Jahre 1917 einen weiteren Rückgang erfahren. Den Höchststand von berichtenden Kartellen weist von allen Berichtsjahren das Jahr 1913 mit 771 Kartellen auf. Im Jahre 1914 begegen wurden nur 578 Kartelle gezählt, 1915 sanken sie auf 524 und 1916 auf 469 Kartelle. Die Zahl der berichtenden Kartelle ist jedoch nicht der der bestehenden gleichzuachten. Eine Anzahl beteiligt sich nicht regelmäßig an der Statistik. Den 453 an der Statistik beteiligten Kartellen waren am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5438 Gewerkschaften, die insgesamt 1 063 402 Mitglieder zählten, angeschlossen. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von rund 216 000 Mitgliedern. Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Betätigung der Gewerkschaften sind sehr enge Grenzen gezogen, es fehlt an agitatorisch geschulten Kräften, eine großzügige Werbearbeit für die Gewerkschaften ist daher nicht möglich. Die wertvollsten Einrichtungen der Kartelle sind die auf dem Gebiete des Rechtsschutzes getroffenen, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen. Das Bestehen von Rechtsauskunftsstellen wurde von 132 Kartellen berichtet. Diese Einrichtungen legen den Gewerkschaften sehr hohe finanzielle Lasten auf. Sehr hohe Kosten verursachen auch die Gewerkschaftshäuser, die in der Statistik von 1917 mit 69 vorhanden sind; 41 davon befinden sich auf eigenem Grundstück. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 unterhaltene Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen an 240 und Jugendkommissionen an 214 Orten. Die 430 Kartelle, die über Kassenverhältnisse berichten, hatten zusammen eine Einnahme von 1 044 458 M., eine Gesamtausgabe von 1 046 215 M. Die Kassenbestände beliefen sich am Schlusse des Jahres auf 887 816 M. In den Schlußbemerkungen des Berichts werden die Arbeiter dringend ermahnt, innerhalb der Gewerkschaften den Spaltungsversuchen keinen Raum zu geben, sondern alle Kräfte im Interesse der Arbeiterschaft zusammenzufassen.

•

Die „Dienstboten".

Die häuslichen Dienstboten haben sich während des Krieges der Zahl nach ganz bedeutend vermindert, in Hamburg beispielsweise um rund 10 000, in Leipzig um 5000 usw. Nach dem Reichsarbeitsblatt ist für das ganze Reich eine Abnahme um rund 140 000 zu berechnen. Die Ursache ist zum guten Teil darin zu finden, daß die jungen Mädchen besserlohnende Beschäftigung in gewerblichen Betrieben fanden und daher auf das „Dienen" verzichteten. Damit ist auch die „Dienstbotenfrage" in ein neues Stadium getreten.

Der Verband der deutschen Hausfrauenvereine, der dieser Tage seinen Verbandstag in Dresden abhielt, beschäftigte sich eingehend mit der Angelegenheit und stellte eine Reihe von Vorschlägen darüber zusammen. Zum Teil sind sie recht vernünftig und verdienen recht bald Verwirklichung. So wird gefordert Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf die Dienstboten, namentlich zum Zwecke der besseren fachlichen Ausbildung, „zeitgemäße Reform der Gesindeordnungen", Errichtung von Schiedsgerichten (ähnlich den Gewerbegerichten) zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Hausangestellten usw. Es sei hierbei erwähnt, daß ähnliche Forderungen von der gewerkschaftlichen Organisation der Dienstboten, dem Verbande der Hausangestellten, Sitz Berlin, schon längst verfochten werden, aber leider bisjetzt ohne Erfolg. Eine im vergangenen Jahr von ihm gemachte Eingabe an eine Reihe bundesstaatlicher Regierungen auf Umgestaltung des Gesinderechts fand keine Beachtung, selbst der Reichstag lehnte eine entsprechende Petition ab. Wenn jetzt der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Hausfrauen selbst gleiche Bestrebungen bewilligen, so scheint eine Verwirklichung der Forderungen nicht mehr unmöglich zu sein.

Damit wäre freilich die Dienstbotenfrage noch nicht gelöst, denn um den Beruf eines Dienstboten schmackhafter zu machen, sind auch bessere Lohnverhältnisse, geregeltere Arbeitszeiten usw. unerläßlich. Aber davon wollen die Hausfrauenvereine noch nichts wissen. In diesen Punkte halten sie immer noch daran fest, daß der Dienstbote eigentlich eine „Lehrzeit" durchmachen müsse, daß nur der Dienstbote, der „etwas ordentliches kann", Anspruch auf bessere Bezahlung habe usw. Hier wird die Gesetzgebung nicht viel ausrichten können, sondern nur die gewerkschaftliche Organisation der Hausangestellten. Wollten daher doch recht viele Dienstboten den Weg zu ihr finden!

Aus aller Welt.

Von einem Schutzmann erschossen. Berlin, 21. Juli. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr traf der Schutzmann Kleemann den 19jährigen Albert Peters, dessen Wohnung bisher noch unbekannt ist, in der Greifswalder Straße gegenüber dem Hause Nr. 220 auf einer Bank der Mittelpromenade schlafend an. Als der Beamte ihn weckte, sprang Peters auf und schlug ihn mit der Faust ins Gesicht. Der Schutzmann zog seinen Säbel und versetzte seinem Angreifer einen Hieb über die linke Hand. Auf die Aufforderung des Beamten, ihm zur Wache zu folgen, stieß ihm Peters mit dem Fuß mit voller Gewalt gegen den Unterleib und stürzte sich mit einem offenen Messer, das er aus der Tasche gezogen hatte, auf ihn. Der Schutzmann machte jetzt von seiner Schußwaffe Gebrauch und streckte den Angreifer durch einen Schuß in die Brust zu Boden. Peters wurde in schwer verletzten Zustande nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht, wo er bald nach seiner Aufnahme starb.

•

Im Irrsinn. München, 19. Juli. Im Krankenhaus in Fürstenfeldbruck (Oberbayern) hat der 30jährige Münchener Student Freiherr Paul von Handel-Mazzetti, ein Sohn des österreichischen Generalmajors, in einem Tobsuchtsanfall einen sehr kranken 60jährigen Mann überfallen und so übel zugerichtet, daß der Greis starb. Der anscheinend plötzlich irrsinnig gewordene Student wurde nach der Irrenanstalt gebracht.

Quittung über freiwillige Beiträge.

St. 1 Mark.

Parteisekretariat des sozialdemokratischen Vereins für Halle und Saalkreis.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180723-19/fragment/page=0006